

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4,50 Mk., monatlich 1,50 Mk.
 frei ins Haus, vorausschickbar. Einzelne
 Nummern 10 Pfennig. Postbezugs:
 Monatslich, vom Posthalter abzuholen
 1,50 Mk., vom Briefträger ins Haus ge-
 bracht 1,84 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2.— Mk. für das übrige Ausland
 4,50 Mk. monatlich, Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 Mk.
 Postbestellungen nehmen an Däne-
 mark, Holland, Dageburg, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragen in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Donnerstag, den 4. Juli 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Anzeigenpreis:
 Die Leberungspläne sind an jeder Stelle
 80 Hg. „Kleine Anzeigen“, das
 fertige Wort 30 Hg. (zünftig
 2 fertige Worte) jedes weitere
 Wort 15 Hg. Stellenanzeigen und
 Stellenanzeigen des ersten Wort
 20 Hg., jedes weitere Wort 10 Hg.
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Kennzeichnung 20%,
 Familien-Anzeigen, politische und
 gewerkschaftliche Berichte + Anzeigen
 60 Hg. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben
 werden. Gebühren von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Die Offensive der Wahrheit.

Rede Scheidemanns im Reichstag.

Graf Westarp hat gestern seine Philippika mit der billigen Wendung geschlossen, wenn Scheidemann und seine Reden längst vergessen sein würden, werde noch der Name Hindenburg in der Geschichte glänzen. Wir gestehen (und wir wissen, Scheidemann denkt genau so), es ist uns vollkommen gleichgültig, ob die Namen unserer Wortführer von heute später einmal auf Granitsockeln zu lesen sein werden. Wichtig dagegen ist uns der Fortgang, den der Kampf der Weltanschauungen nehmen wird, ist uns der Grad der Freiheit und des Wohlstandes, zu dem spätere Geschlechter, glücklicher als wir, emporsteigen werden. Und so ist dem Grafen Westarp zu antworten: Wenn die Namen der großen Heerführer längst der Geschichte angehören werden, wird der Geist des Sozialismus noch leben und siegreich sein.

In diesem gewaltigen Kampf, von dem selbst der Weltkrieg nur einen Abschnitt, den verworrensten, darstellt, ist eine parlamentarische Rede, und wäre sie die beste, gewiß nur ein kleines Ereignis. Sieht man aber von den Ewigkeitsmaßstäben, ohne die es der konservative Redner nicht tut, für den Augenblick ab, so wird man dem Genossen Scheidemann das Verdienst nicht absprechen können, die politische Debatte der dritten Etappe auf die Höhe der Grundsätze geführt und eine weitgehende Klärung der politischen Lage bewirkt zu haben. Es unterliegt für uns, wie wir die Stimmung der Bevölkerung aus unzähligen Proben kennen, nicht dem geringsten Zweifel, daß Genosse Scheidemann mit seinen gestrigen Erklärungen der wirkliche Wortführer der Nation gewesen ist und daß sein Ruf nach einem raschen „Schluß in Ehren“ so ziemlich in allen Volksteilen als Ausdruck des eigenen tiefsten Wunsches empfunden wird. Eine Regierung, welche die von Scheidemann gezogenen Richtlinien der Politik einhielte, würde eine so erdrückende Volksmehrheit hinter sich haben, wie noch keine jemals zuvor.

Der Wunsch des deutschen Volkes nach einem schnellen „Schluß in Ehren“ ist heute so stark, daß verständiges Entgegenkommen von der anderen, feindlichen Seite ihn ohne weiteres zum Durchbruch bringen müßte. Auch heute noch — oder, vielmehr richtiger gesagt, heute wieder — hätten die Gegner Gelegenheit, zu einem guten Frieden zu gelangen, einem Frieden, der nicht von der Kriegskarte diktiert, sondern auf das Reichgewicht der auf beiden Seiten summierten Kräfte, der militärischen und wirtschaftlichen, gestellt ist. Die Politik der „Wahrheitsoffensive“, wie sie der sozialdemokratische Redner verlangt hat, fordert das Eingeständnis, daß die wirtschaftlichen Kräfte des deutschen Volkes nicht unerschöpflich sind und daß die Absperrung von den überseeischen Rohstoffmärkten immer empfindlicher wird. Je offener wir über diesen Punkt reden, desto eher werden wir bei unseren Gegnern Glauben finden, wenn wir ihnen sagen, daß dieser drückende Zustand uns noch auf Jahre hinaus nur zu stärkeren militärischen Anstrengungen, nicht aber zu einem Eingehen auf entehrende, die deutschen Volksinteressen dauernd schädigende Bedingungen veranlassen könnte. Der „Schluß in Ehren“ für alle, wie ihn die Sozialdemokratie fordert, entspricht also den Interessen der Gegner mindestens in genau eben dem Maße wie unseren eigenen.

Leider ist kaum zu erwarten, daß das gegnerische Ausland die Kunst des Augenblicks erkennt und ergreift. Seine Regierungen schwanken noch immer zwischen der unsinnigen Furcht, die sie vor einem Frieden jetzt hegen, und der nicht minder phantastischen Hoffnung, die sie in einen Frieden später einmal setzen. Der Frieden jetzt könnte nur möglich werden durch eine propagandistisch fortwährende Gewalt, die von der deutschen Regierung selbst ausginge.

Scheidemann hat uns noch einmal das Bild einer Regierung gezeigt, wie wir sie jetzt haben müßten. Daß wir sie nicht besitzen, erfahren wir dann, sofern wir es noch nicht wußten, aus der Rede des Vizekanzlers v. Bower. Dessen Polemik gegen den sozialdemokratischen Sprecher traf schon insofern durchaus nicht den richtigen Punkt, als doch kein Mensch daran zweifelt, daß Herr v. Bower den besten Willen hat und mit der Weiterführung seines Amtes ein persönliches Opfer bringt. Wir stehen ja auch nicht auf dem Standpunkt, der neulich in einem Herrn v. Bower parteipolitisch viel näher stehenden Blatt zum Ausdruck kam: besser als diese Regierung sei gleich eine schwarz-moderisch-alldeutsche. Aber das von Herrn v. Bower so heftig angegriffene „Miteinanderreden“ läßt sich gar nicht vermeiden, wenn sich der eine Teil verpflichtet fühlt, der wahren Volksstimmung deutschen Ausdruck zu geben, während der andere durch kein Amt gezwungen ist, eine Blumenrede zu reden, zwischen deren Rosen kaum der Kundigste noch die Stacheln erkennt.

Hauptache: Herr v. Bower hat das Verhältnis zwischen

dem verantwortlichen Reichskanzler und der Obersten Seereschiffahrt nicht so dargestellt, wie es Bismarck charakterisiert haben würde. Er hätte nur aus den „Gedanken und Erinnerungen“ ein paar bekannte Sätze vorzulesen gebraucht, um die Dinge auf den rechten Weg zu bringen. Aber Bismarck war kein liberaler Parlamentarier, sondern ein junckerlicher Gewaltmensch und hatte den Schädel, sich durchzuweisen.

Da von der Regierung keine Kraftleistung zu erwarten ist, bleibt für Optimisten noch die Hoffnung auf ein Sichwiederaufrufen der Reichstagsmehrheit. Die Wahrheit war in ihrem bürgerlichen Teil gestern schweigender Zuschauer des Schauspiels, das sich zwischen Sozialdemokratie und Regierung abspielte. Vielleicht, daß der Druck einer übermächtigen Volksstimmung zu eines Tages wieder aus dieser interessierten Passivität zu politischem Handeln unpothet...?

Die Sitzung.

182. Sitzung. Mittwoch, den 3. Juli 1918, nachmittags 3 Uhr.
 Am Bundesratsitz: v. Bower, v. Kühmann.
 Nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt wird die Bewilligung einer Aufwandsentschädigung für den Reichstagspräsidenten in Höhe von 30.000 M. jährlich.
 Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung bewilligt. Es folgt

Die dritte Lesung des Etats in Verbindung mit dem rumänischen Friedensvertrag.

Abg. Scheidemann (Soz.):
 Ich muß einige Bemerkungen vorwegnehmen, bevor ich zur Besprechung der politischen Lage in anderem Zusammenhang komme, zunächst ein Wort über den rumänischen Friedensvertrag. Segen möchte die Bestimmungen des Vertrages haben meine Freunde große Bedenken. Es kommt da — um nur das Wichtigste hervorzuheben — vor allem in Betracht die unbefriedigende Lösung der Dobrußa-Frage, und die sonstigen Gebietsabtretungen, die ohne jedes Befragen der Bewohner erfolgen sollen. Auch andere Bestimmungen, so die Lösung der Frage der sogenannten Fremdstämmigen, und mancherlei Abmachungen wirtschaftlicher Art befriedigen uns nicht. Immerhin beendete der Vertrag den Kriegszustand zwischen Rumänien und den Mittelmächten. Einer meiner Freunde wird nachher darauf noch des näheren zurückkommen.

Mein Freund Gen. der Vertreter Mannheims, hat im März d. J. hier die Anfrage gestellt, ob es der Regierung bekannt sei, daß in der französischen Deputiertenkammer und im Pariser Gemeinderat sich ernsthafte Stimmen für eine Verständigung der kriegsführenden Parteien über die

Einstellung der Fliegerangriffe auf offene Städte

außerhalb der Kriegszone erhoben haben, und welche Stellung die Reichsregierung in dieser Angelegenheit einnehme. Daraus wurde erwidert, daß die gegnerischen Regierungen noch keinen Antrag gestellt hätten, und daß die militärischen Stellen mit keiner Prüfung befaßt würden, sobald er vorläge. Das ist eine außerordentlich unbefriedigende Auskunft. Es gibt kaum etwas Abscheulicheres in diesem an Abscheulichkeiten so reichen Kriege als die Fliegerangriffe auf offene Städte außerhalb des Kriegsgebietes. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Zerstörung wichtiger Stätten der Munitionserzeugung, der Verwaltung oder des Eisenbahnverkehrs ist den feindlichen Fliegern bisher noch nicht gelungen; keinesfalls haben sie erhebliche Störungen hervorzubringen können. Ob deutsche Flieger in den Feindesländern größeren Schaden angerichtet haben, der die Kriegführung gegen uns wesentlich beeinträchtigt hat, weiß ich nicht. Aber das weiß ich mit Bestimmtheit, daß durch die Fliegerangriffe in Feindesland sowohl wie bei uns schon hunderte unschuldiger Frauen, Mädchen und Kinder getötet und verkrüppelt worden sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere an die vielen Kinder, die z. B. in Karlsruhe bei fröhlichem Spiel getötet und verkrüppelt worden sind. Ich bin in den letzten Tagen in Mannheim gewesen, als wieder eine Anzahl junger Mädchen auf diese Weise getötet wurde. Jüngendlicher erheblicher Sachschaden ist nicht angerichtet worden. Was für einen Sinn soll das dieses grausame Frauen- und Kinder-morden haben? Die Engländer haben, wie mir berichtet worden ist, mit den Leichen getöteter Frauen und Kinder die Kriegskriminellen zu beleben versucht, indem sie die Leichen der Getöteten öffentlich aufgebahrt haben. Bei uns wird die Bericht-erstattung über die unschuldigen Opfer feindlicher Fliegerangriffe meist vollständig unterdrückt. In jeder Kriegsanzeige wird eine Vorrede, so ist das Bombenwerfen auf offene Städte weit hinter der Front eine Abscheulichkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin darauf gefaßt, daß man mir sagen wird: England habe damit begonnen, den Krieg gegen Frauen und Kinder zu führen, indem es die Zufuhr von Lebensmitteln unmöglich zu machen suchte. Das ist richtig, und ein Wort der Entschuldigung gibt es auch jetzt nicht

für diese Art der Kriegführung. Aber es ist immer noch ein Unterschied zwischen dem Versuch, ein ganzes Volk auszuhungern, und es dadurch zur Beendigung des Krieges zu zwingen, und dem sinnlosen Bombenwerfen auf vereinzelte Plätze. Warum wird in dieser Frage die Initiative der anderen Seite zugeschoben? Wenn es möglich ist, zu einer Verständigung über den Gedanken-austausch zu kommen, warum sollte es denn nicht möglich sein, eine Verständigung auch über das Einstellen künftiger Angriffe auf offene Städte außerhalb der Kriegszone herbeizuführen? Ich fordere die Reichsregierung auf, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen. Wenn wir einmal moralische Eroberungen machen, so kann uns das gewiß nichts schaden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich würde mich nun meiner eigentlichen Aufgabe zu. Es ist unmöglich, in eine Generaldebatte über unsere äußere und innere Politik einzutreten, ohne noch einmal auf die Auseinandersetzungen zurückzukommen, die durch die

Rede des Herrn Staatssekretärs v. Kühmann

am Montag voriger Woche verurteilt worden sind. Denn diese Auseinandersetzungen haben die öffentliche Meinung auf das tiefste erregt. Sie haben gezeigt, wie unüberwindlich tief die Meinungsverschiedenheiten über Wesen, Ziele und Möglichkeiten dieses Krieges sind, und sie haben abermals auf die Verteilung der Machtverhältnisse bei uns im Lande über alle künftigen Künftigen hinweg ein großes Licht geworfen. Die Rede des Staatssekretärs hat gewaltiges Aufsehen gemacht — nicht etwa, weil sie durch das plötzliche Hervortreten einer bisher unbekanntem Wahrheit frappiert hätte, sondern weil sie eine langst bekannnte und viel umfängliche Meinung der Regierung zu prägnantem Ausdruck zu bringen wußte. Es ist das die Meinung, die — Sie wissen es — seit Kriegsbeginn von der Sozialdemokratie vertreten worden ist und die von allen geteilt wird, welche sich in diesen Kriegswirren einen politischen klaren Kopf bewahrt haben. Es handelt sich nicht um eine Frage der Grundsätze, sondern der Tatsachen. Grundsätzlich sind wir Sozialdemokraten Gegner aller Annexionen und Vergewaltigungen, mögen diese nun leicht oder schwer ausführbar mit Heinen oder großen Opfern erreichbar dem anstehenden Volk für erste nützlich oder schädlich sein. Wir wären also mit unserer Parole: keine Annexionen, sondern Verständigung! auch dann hervorgetreten, ja wir wären mit ihr dann erst recht hervorgetreten, wenn wir von vortreten nur nach einer Seite einen Krieg zu führen gehabt, wenn wir nur gegen einen viel schwächeren Gegner gekämpft und um einen viel leichteren Sieg gefochten hätten. Unterdrückung wirkt um so aufreizender, je größer der Machtunterschied zwischen den Unterdrückten und dem Unterdrückten ist, und stets werden wir Sozialdemokraten dem Übermut der Übermächtigen entgegengetreten, in der inneren wie der äußeren Politik. (Beif. Zustimmung b. d. Soz.)

Aber um diese Grundsätze handelt es sich hier gar nicht, sondern um die weitreichende Übereinstimmung, die in der Beurteilung der Tatsachen bei grundsätzlichen Gegnern jeder Eroberungspolitik und bei den Politikern herrscht, die theoretisch durchaus anders denken; darüber nämlich, daß dieser Krieg von Deutschland nicht als Eroberungskrieg geführt werden darf,

wenn er nicht zum Untergang des deutschen Volks und vielleicht ganz Europas führen soll. Ausschlaggebend für dieses Urteil ist die Einschätzung der auf beiden Seiten wirkenden materiellen und moralischen Kräfte, die zwar bei richtiger Ausnutzung unserer Kraft dem Deutschen Reich gegenüber den ungeheueren Aufstellungen seinen unverminderten Fortbestand gewährleisten, auf der anderen Seite aber

des Streben nach einer deutschen Vormachtstellung in der Welt als ein ausschließliches Beginnen

erscheinen lassen. (Beif. Zustimmung.) Ich will in diesem Zusammenhang nicht untersuchen, ob das Streben nach einer deutschen Welt Herrschaft unter irgendwelchen Umständen den Interessen des deutschen Volkes wie der übrigen Menschheit hätte entsprechen können. Ich behandle hier nur die rein praktische Seite dieser Frage, und da kann ich wohl sagen, daß keine Politik zur Verwirklichung einer deutschen Welt Herrschaft schlechter dienen könnte als die, die in den letzten 30 Jahren getrieben worden ist. Eine Politik, die auf die Errichtung einer deutschen Welt Herrschaft ausgegangen wäre, hätte zweierlei tun müssen: sie hätte sich ihren jeweiligen politischen Gegner sofortig ausfinden müssen, um ihn diplomatisch zu isolieren und dann zu schlagen und sie hätte der Sache des Deutschums in der ganzen Welt Sympathien erwerben müssen, so daß die Völker oder doch wesentliche Teile von ihnen, in dem Nachhinein Deutschland eine Förderung ihrer eigenen Interessen erblickt hätten. Ich stelle das fest, ohne damit sagen zu wollen, daß eine solche Politik des Welt Herrschaftstrebens in ihren Zielen unseren Verfall und unsere Förderung gefunden hätte. Denn, diese Politik ist nicht getrieben worden. Wir sind vielmehr in diesem gräßlichen Krieg ohne jedes Ziel — ich finde keinen anderen Ausdruck dafür — hineingetaucht. (Sehr wahr.) Von Feinden rings umstellt, von wütendem Haß der ganzen Welt umgeben, konnte Deutschland gar keine andere Politik treiben als die aus seinen eigenen Leibern feste Dämme aufzurichten, an denen sich der Ansturm der Lebensschiffen der Feinde brach, bis er wieder vertief. Seine Kriegszielepolitik aber mußte

... nicht auf Wunden des Krieges, sondern schon allein auf die praktische Erwägung von menschlichen auf die Erhaltung des Weltfriedens abzielt, somit natürlich nicht gefast ist, daß nicht im Laufe des Krieges Nachverschiebungen eintreten könnten, wie z. B. die durch die russische Revolution bedingte, Deutschland nicht als, aber hüten als gewalttätiger Umstürzler der bestehenden Weltordnung zum eigenen machtpolitischen Vorteil zu erscheinen, weil es dadurch die feindliche Koalition immer aus neue befestigen, die moralische Widerstandskraft erhöhen, ja auch die schon zum Frieden gebrachten Völker zu immer neuen Verfassungen der Gegenwehr aufzuleben müßte. Deutschland müßte also

einen nationalen Verteidigungskrieg

führen, den es sofort zu beenden bereit war, sobald sein Beschland von den Feinden nicht mehr beschränkt und angegriffen würde. Dieser Auffassung in der deutschen amtlichen Politik zum Durchbruch zu verhelfen, dafür hat die deutsche Sozialdemokratie nun seit bald vier Jahren gekämpft. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Und es hat während des Krieges keine Regierung in Deutschland gegeben, die diese weitere Ausprägung nicht nahezu reiflos geteilt hätte. (Hört! Hört! h. d. Soz. und Bewegung.) Das ausgesprochen, ist seine Indiskretion — die Todsünden sind zu bekannt. Und darum hat uns die Rühlmannsche Rede gar nicht überrascht. Wir haben aus ihr nur herausgehört, was wir seit Kriegsbeginn immer wieder vorgelesen und wofür wir immer, obgleich von den lärmenden Protektion der Altparteien und Sozialdemokraten, Zustimmung gefunden haben. Ich schlage Ihnen vor, sämtliche Herren, die mit der auswärtigen Politik amtlich befaßt sind oder waren — Reichstagsmitglieder, Staatssekretäre, Botschafter und sonstige Diplomaten — zu einer vertraulichen Aussprache über die Rede des Herrn von Rühlmann am vorletzten Montag einzuladen — ich glaube nicht, daß auch nur ein einziger unter Ihnen sein wird, der den Ausführungen des Staatssekretärs widersprochen wäre. Weshalb wird vielleicht aufstehen und Schwören, diese Rede sei von großer Wichtigkeit — so etwas bestreite man wohl, aber man sage es nicht! (Beifall.) Diese Forderung, der man ja auch im Wahlgespräch vielfach begegnet, müßte mit der größten Entschiedenheit bekämpft werden.

Herr v. Rühlmann hat ausgesprochen, was wir alle denken!

(Lob, Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Und dadurch wäre seine Rede zur politischen Tat geworden, wenn ihr nicht schon am Tage darauf die zweite Rede gefolgt wäre. Zur Aufhebung des Staatsrechts kann ich mich nicht entschließen, daß er seine erste Rede nicht widerrufen hat, er hat aber — der Ton macht die Musik — gerade genug getan, um ihre Bedeutung erheblich abzumindern und hat dadurch den Ruhm, den er beinahe hätte errufen können, wieder ergriffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man kann sich leicht vorstellen, welchem

Erzählung telephonischer und mündlicher Vorwürfe und Beschuldigungen

den Staatssekretär ausgeübt gewesen sein mag, als er sein aufrichtiges Wort gesprochen hat. Diesem gibt er selbst Auskunft darüber, in welcher Verbindung er damals das obige ungeringliche Wort der Staatskammer ausgesprochen hat. Man mag: Sie haben ja ganz recht, mein Lieber, aber so schnell darf man doch um Götterwille nicht sagen. Das gehört ja nicht zu den veredelnden Dichtungen des Krieges, daß durch ihn eine Atmosphäre der öffentlichen Vergessenheit hergestellt wird, in der jedes wahre Wort als gefährlich gilt. Wir wissen wir uns doch von diesem Abwärtigen, modern wir doch dem Vorgesetzten ein Gebot! (Sehr gut! links.) Wir können es! Es hat gar keine Gefahr, wenn wir so laut und so oft als möglich ausprechen: Wir sind zwar wissend und imstande, und gegen eine ganze Welt zu behaupten, wir werden aber niemals durch militärische Maßnahmen in den Stand gesetzt werden, der Welt unseren Willen aufzuzwingen. Diese Erkenntnis immer wieder auszusprechen und in ihren Konsequenzen auf unsere Politik folgerichtigerweise anzuwenden, ist das einzige Mittel, den Krieg in absehbarer Zeit wirklich zu beenden. Der größte militärische Erfolg, selbst wenn er diesen Krieg zu einem vorläufigen Abschluß brächte, würde uns für sich allein nur einen Waffenstillstand bringen, aber den Frieden nicht, der uns die Möglichkeit gäbe, uns von dem grauenvollen Leiden dieses Krieges wieder zu erholen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Es ist ferner von einer Offensivpolitik gesprochen worden, die bisher nicht versucht worden ist, mit einer

Offensive der Wahrheit

(Sehr gut! links.) Das scheint mir die Offensive zu sein, zu der der Mut am meisten fehlt. Wir werden eher wieder ein halbes oder ein Drittel Friedensangebot bekommen, als eine Politik der unbedingten Wahrheit und Klarheit. Der Rückzug, den Herr v. Rühlmann vor dem Großen Hauptquartier angetreten hat, eröffnet uns in dieser Beziehung die unerfreulichsten Aussichten. Wo ist der Mann im Bürgerrock, der unerschrocken den Herren im Großen Hauptquartier sagt, daß sie in einer Selbsttäuschung sind, wenn sie glauben, der Welt einen Frieden aufzuzwingen zu können. Sie können die Welt nicht nehmen, die Welt die Engländer aus Fronten zurückverdrängen, die Welt in eine Lage bringen, in der sie zum Friedensschluß gezwungen sind, aber den Weltfrieden, den das deutsche Volk will, so bald wie möglich will, werden sie durch rein militärische Mittel nie erreichen. Den kann nicht das Schwert allein erzwingen, das ist nur möglich durch kluges politisches Vorgehen. Dem dürfen sich die Herren im Hauptquartier nicht in den Weg stellen, die doch in der Politik Dilettanten sind. (Sehr wahr! links.) Sie sollten die Hände von der Politik lassen, von der sie jetzt akribisch verstehen, damit wir nicht gezwungen sind, ihre militärischen Leistungen, die wir bewundern, durch politische Kräfte zu wägen. Statt dessen erleben wir jetzt Anzeichen einer so aufdringlichen Herrschaft, daß sie notgedrungen die schärfsten Konflikte heraufzuzwingen muß. Ob die Herren von der Regierung es sich persönlich gefallen lassen, daß

Ihre hier getanen Äußerungen militärisch gesteuert

werden, lasse ich dahingestellt. Daß der Reichstag es sich nicht gefallen lassen kann, ist eine Selbstverständlichkeit. (Lobhafte Zustimmung.) Es ist an sich schon überaus schändlich, daß der Presse vorgeschrieben wird, wie sie Ministerreden aufzufassen hat. Aber daß der Presse von einer Stelle aus, die selbst über die Ministerrede wütend ist, nicht erlaubt wird, einer Rede den Sinn zu geben, den sie wirklich gehabt hat, ist gar zu sehr eine unerträgliche Zustand. (Sehr wahr!) Ich fürchte sehr, die Presse geht schlimmen Zeiten entgegen, während der Reichstag nicht verkommt ist. Denn der Verfassungszustand, unter dem wir leben, ist doch nur ein militärisches Absolutismus gemildert durch die Furcht vor dem parlamentarischen Skandal. (Beifall und Applaus.) Die Herren der Regierung sind nicht zu beneiden. Diese Politik eines in hundert Schlachten erprobten Volkes scheint sich nicht immer über den ganzen Ernst der Situation und über die Größe ihrer Aufgabe klar zu sein. Der Gedanke, daß sie dazu bewußt ist oder sein könnte, unser Volk auf dieser ungeschulten Katastrophe hinaus in eine bessere Zeit zu überzuführen, müßte sie mit einer solchen unwiderstehlichen Energie erfüllen, daß der Herr von Rühlmann alle Hindernisse zerplatzen ließe. (Sehr wahr! links.) Wir wünschen lebhaft, daß sich die Regierung Achtung erlangen möge an jeder Stelle, daß sie ihre Überzeugung nach jeder Seite vertritt, daß sie ihre Absichten offen darlegt und mit Energie durchsetzt. Wenn ihr das nicht gelingt, sollte sie gehen. Wir wünschen eine Regierung, die auf ihrem Gebiete die Gegner niederrückt wie die Seereschiffe auf dem Meer.

Die Bewegung der inneren Politik, die ich nur kurz streifte, sind ein Gegenstand, den die anderen, das darobende Volk

... nicht auf Wunden des Krieges, sondern schon allein auf die praktische Erwägung von menschlichen auf die Erhaltung des Weltfriedens abzielt, somit natürlich nicht gefast ist, daß nicht im Laufe des Krieges Nachverschiebungen eintreten könnten, wie z. B. die durch die russische Revolution bedingte, Deutschland nicht als, aber hüten als gewalttätiger Umstürzler der bestehenden Weltordnung zum eigenen machtpolitischen Vorteil zu erscheinen, weil es dadurch die feindliche Koalition immer aus neue befestigen, die moralische Widerstandskraft erhöhen, ja auch die schon zum Frieden gebrachten Völker zu immer neuen Verfassungen der Gegenwehr aufzuleben müßte. Deutschland müßte also

das Trauerspiel der Wälfersform

Dieses Zusammentreffen nicht durch rechtzeitige Aufklärung des Abgeordnetenhauses verhindert zu haben, ist einer der schwersten Fehler der Regierung. (Sehr wahr! links.) Täuschen Sie sich nicht darüber, in den Massen herrscht eine aus höchste gesteigerte Erbitterung, nicht nur bei dem Industrieproletariat, sondern auch in breiten Massen der Beamten und Angestellten, des Mittelstandes und der ländlichen Bevölkerung. Es gibt nur eine Stimmung, die sich in dem Wort zusammenfaßt: Schluß! Schluß in Ehren selbstverständlich — darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit —, Schluß ohne Beeinträchtigung Deutschlands, aber Schluß. (Lobhafte Zustimmung links.) Das Volk kennt die Wahrheit und ist gegen alle Versuche der Stimmungsmaße gänzlich abgestumpft. Es will den Krieg als erfolgreichsten Verteidigungskrieg möglichst rasch beenden. Die Regierung muß unbedingter Träger dieses Volkswillens sein. Wir fordern von ihr, daß sie Belgien's Recht auf Selbstbestimmtheit unumschrieben anerkennt und alles tut, was der schnellen Herbeiführung des Friedens dient ohne Deutschlands Lebensinteressen preiszugeben. Eine Regierung, die solche weitwägenende Friedenspolitik trieb, würden wir freudig unterstützen; einer Regierung, die nach vier Kriegsjahren noch immer nicht über den Belagerungszustand hinwegkommen können wir den Rat nicht bewilligen. Es ist höchste Zeit, die Volkswünsche zu erkennen und danach entschlossen zu handeln. Das ist kein leicht hingehörtes Wort, sondern eine tiefere Mahnung und Warnung: es geht um Tod und Leben von Millionen. (Schärfster Beifall bei den Sozialdemokraten.)

(Schluß in der Besinnung.)

Der Friedenswirtschaftskrieg gegen Deutschland.

Reichskriegskonferenz und Rohstoffhandel. — Eröffnung der Interalliierten Parlamentarischen Konferenz.

In England ist jetzt im Anschluß an die allbritische Reichskriegskonferenz die angekündigte Interalliierte Parlamentarische Konferenz eröffnet worden. In welchen praktischen Fragen die englischen Imperialisten zurzeit mit Hochdruck arbeiten, ist kein Geheimnis. Sie nennen das Thema offen genug und ziehen die öffentliche Meinung mehr und mehr in ihr Netz. Die Drohung des Rohstoffhandels spielt in ihren Plänen eine große Rolle. Der Versuch wird gemacht, Deutschland den Rohstoffbezug durch eine gewaltige Barriere zu erschweren. Der Wirtschaftskrieg soll in Reinkultur aufblühen, wenn die Friedensarbeit wieder beginnt. Es scheint, daß die englischen Pläne jetzt ein Stück weitergekommen sind, denn auf eine Anfrage im Unterhaus erklärte Bonar Law: „Die Frage, wie am besten die Versorgung über wichtige in britischen Reich erzeugte Rohstoffe zu sichern ist, um die Interessen Englands und seiner Verbündeten während der Zeit des Wiederaufbaues zu sichern, ist von der Reichskriegskonferenz während ihrer gegenwärtigen Sitzung erwoogen worden. Sie hat darüber wichtige Beschlüsse gefaßt. Ich hoffe, daß diese Beschlüsse in der Folge die Grundlage einer Erörterung zwischen den Alliierten bilden und zu einem gemeinsamen Zusammenwirken zwischen ihnen führen werden.“

Solchem Zusammenwirken soll nun die nunmehr eröffnete „Interalliierte Parlamentarische Konferenz“ einen Grundbau schaffen helfen. Sie hat am Dienstag begonnen, in größter äußerer Aufmachung natürlich, als ein hochoffizielles Ereignis. Bonar Law bewillkommnete sie. Er sagte: „Diese Konferenzen werden die zwischen den Alliierten bestehenden Bande noch enger knüpfen. Sie haben den Alliierten die Überzeugung beigebracht, daß sie sich, ebenso wie sie sich jetzt Schulter an Schulter vor dem Feinde gegenseitig unterstützen, auch in der Zeit des Wiederaufbaues nach dem Kriege wechselseitig helfen müssen. Ich bin sicher, daß die Vertreter mit der festen Überzeugung nach Hause zurückkehren werden, daß das englische Volk niemals entschlossener war als heute, den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen, und daß schließlich die wirtschaftlichen Kräfte, zu deren Vespredung sich die Vertreter verarmt haben, nicht weniger stark sind, als die militärischen.“

Auf der Konferenz sind vertreten: England, Frankreich, Belgien, Griechenland, Italien, Rumänien, Portugal, China, Japan und die Vereinigten Staaten. Daß Rumänien vertreten sein soll? (Serbien scheint zu fehlen), ist pikant; aber es gibt bekanntlich in den Entente-Ländern eine Reihe von der künftigen Regierung Rumaniens bestellte diplomatische Missionen, die auf die Heimkehr in ihr Vaterland verzichten. Rumänische Vertreter braucht aber die Konferenz, da auf ihrem Programm auch die Frage der Donauschifffahrt steht. Die Donau für den Festlandshandel möglichst unfrei zu machen. Der wirkliche Programmpunkt ist aber, wie Reuters meldet, die Erörterung der deutschen wirtschaftlichen Methoden, um die Vorherrschaft in der Welt zu erlangen. Wie allbereits mitgeteilt wird, wurde auf der Konferenz beantragt, die Regierungen sollen entsprechende Maßregeln gegen die „deutsche Verschwörung zur Beherrschung des Welt Handels“, gegen das Dumping (Schwarze-Listen)-System, Handelsespionage und ähnliche Praktiken zu ergreifen. Es handelt sich also darum, den Entente-Ländern das Monopol in diesen von England skrupellos gehandhabten Praktiken mit einem Aufgebot von Regierungsmitteln zu sichern. Dieselben Regierungen, denen diese Aufgabe zugedacht wird, dürfen natürlich gleichzeitig in idealisierenderen Vorkriegszeiten handeln.

Die Konferenz begann natürlich mit einem Dekret zum Krieg, einem „unabänderlichen Beschluß“, den Krieg kräftig und erfolgreich fortzuführen, wozu der englische König in Kenntnis gesetzt wurde. Wenn die Völker der Entente Zeuge der Verhandlungen sein könnten, würden sie vermutlich Gelegenheit finden, ausgiebig zu erfahren, wofür dieser Krieg gekämpft und immer aufs neue verlängert wird. Die Organisation einer „Handelsentente der Alliierten“, deren Anbahnung auf der Konferenz alsbald nach Beginn vorge schlagen worden ist, bedeutet ein der wichtigsten Kriegsjahre der ententistischen Imperialisten. Wie der Weltkrieg aus der Konferenz um den Weltmarkt erwachsen, so wird er auch in diesem Zeichen zu Ende gehen, aber erst dann, wenn die Weltkonkurrenz gesichert sind.

Der Kriegswille Albert Thomas'.

Amsterdam, 8. Juli. In einem Interview mit einem Korrespondenten des „Daily Chronicle“ über die Konferenz der Arbeiterpartei erklärte Albert Thomas, nach seiner Überzeugung seien die englischen Arbeiter jetzt entschlossen, den Krieg bis zu einem befriedigenden Ende fortzuführen. Sie seien in vollkommenster Weise loyal. Man brauche für ihren Abfall oder für die Verschärfung der englischen Arbeiter am Kampfe nichts zu fürchten. Er freue sich über die wachsenden Erfolge der Arbeiter. Die Arbeiter fühlen, daß, wenn das Bestehen ihres Heimatlandes bedroht würde, ihre eigene Zukunft Gefahr laufe. Die englischen Arbeiter sehen einen wirksamen und praktischen Erfolg darin, direkt in der Regierung vertreten zu sein. Die Konferenz habe sich an die Februar-Resolutionen gehalten, in denen erklärt wurde, daß man keine Zusammenkunft mit den deutschen Sozialisten wünsche, es sei denn, daß sie ihre prinzipielle Zustimmung zu den Friedensbedingungen der Arbeiterpartei bezeigen. Bis heute haben wir nichts von den deutschen Sozialisten gehört.

Die Lage an der Murmanküste.

Die Moskauer Regierung hat nunmehr, nach einer Meldung der „Rossischen Bz.“, die Eisenbahn Wolgda—Archangel als kriegsbedroht erklärt und den Zutritt zu allen Ortsschichten zwischen Wolgda, wo sich bekanntlich die Geländehäfen der Entente befinden, und dem Weißen Meere verboten. Die kriegerischen Vorbereitungen im Murmangebiet werden von den dortigen Streitkräften der Entente fleißig betrieben. Nach Randalascha sind von Murman weitere Batterien mittleren Kalibers, Panzerjäger und Genietruppen abgegangen. Die Station Rem ist als befestigte Stellung ausgebaut. In der Ostschengabucht liegen fünf britische und französische Kriegsschiffe. Ein britisches Transportschiff hat dorthin weitere 1800 Mann gebracht. Murmanscher berichten, daß an der Küste Murmanspige Swjatoslowsk (Heiligenas) zwei abgeblendete fluggelose große Kriegsschiffe mit südlichem Kurs, anscheinend auf Archangel, passierten.

Kabinettsrücktritt in Holland.

Rotterdam, 8. Juli. Die „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erklärt, beabsichtigt das Kabinett morgen der Königin die Portefeuilles zur Verfügung zu stellen.

Das Haager Korrespondenzbureau bestätigt diese Meldung mit dem Bemerkten: Das Kabinett ist der Ansicht, daß der Ausgang der Wahlen nicht abgewartet zu werden braucht, da durch die allgemeinen Wahlen, die heute stattfinden, der Zeitraum für ein außerparlamentarisches Kabinett ohnehin abgelaufen ist.

Das Ministerium Coolen den Linden, das jetzt seinen Rücktritt ankündigt, war liberal und wurde eingesetzt, obgleich die Kammer keine liberale Mehrheit aufwies. Der sozialdemokratische Parteitag hatte seinen 15 Abgeordneten die Beteiligung an einem demokratisch-liberalen Ministerium verboten, so daß nun die Links, die im ganzen 56 Sitze (gegen 45 Sitze der Rechten) aufwies, keine zur Bildung einer arbeitstüchtigen Regierung genügende Mehrheit mehr besaß. Coolen den Linden hätte daraufhin sein Kabinett aus Liberalen der verschiedenen Richtungen. Daß es „außerparlamentarisch“ und ohne innere Einheit war, hat in einer selbstherrlichen Politik seinen Ausbruch gefunden.

Gang, 2. Juli. Die Haager Korrespondenzbureau

erfährt, sind nach einem Bericht des Gouverneurs von Surinam alle in den Kolonien befindlichen Mitglieder der Kolonialstaaten wegen der tränkenden Worte des Ministers Rambonnet, die er in der Zweiten Kammer am 10. April dieses Jahres gegen sie gerichtet hatte, zurückgetreten.

Deutsch-finnisches Handelsabkommen.

Das deutsch-finnische Handels- und Schiffsabkommen ist wesentlich Kompensationsabkommen. Man erhofft von ihm eine enge handelspolitische Annäherung der beiden Länder. Lebensmittel werden wir von Finnland in nennenswerter Menge nicht bekommen. Das Brot ist in Finnland knapp und teuer, der Fischfang liefert geringe Erträge. Das einzige, was Finnland an Lebensmitteln liefern kann, ist Butter. Dagegen hat Finnland Überfluß an Holz und Holzprodukten, Zellstoff, Papiermasse. Das wichtigste Produkt, das wir von Finnland beziehen, ist Kupfererz. Auch sind Gelegenheitsposten von Öl, Fett, Hautschul zu dort zu beziehen.

Auch Deutschland kann nach Finnland an Lebensmitteln wenig liefern, wenn es seinen Vertragskontrahenten auch schon mit Kartoffeln und Weizgetreide ausgeholfen hat. Salz liefern wir nach Finnland in größeren Mengen, ferner kompensieren wir die finnischen Zufuhren durch Lieferungen von Eisen, Eisenschlacken, Kohle, Holz, Wenzeln, Säuren, Chemikalien und Farben. Die Gesamtheit der Ausfuhrgegenstände, die Deutschland nach Finnland gehen läßt, zerfallen in drei Kategorien. Die erste Kategorie umfaßt die sogenannten Sparstoffe, die zweite Kategorie alle die Dinge, die bei uns noch in einem Maße vorhanden sind, daß wir sie ohne Kompensationen abgeben können, und die dritte Kategorie Gegenstände, die nur als Gegenwert für entsprechende Leistungen durch den anderen vertragsschließenden Teil in Betracht kommen.

Bei der Festsetzung der Preise verhandelt es sich von selbst, daß wir Finnland genau so stellen müßten, wie die übrigen neutralen Länder. Finnland behandelt uns ebenso. Bezahlung wird gewährt in der Währung des Verkaufslandes. Ferner sind Bestimmungen getroffen über den Verbleib der Waren, da wir die Gewähr haben müßten, daß von Finnland aus wertvolle Waren nicht in die feindlichen Länder gingen. Das Abkommen läuft sechs Monate und es geht dann weiter, wenn es nicht von einem der beiden Kontrahenten gekündigt wird. An der finnischen Einfuhr ist zum Teil der freie Handel beteiligt, zum Teil die B.C.C. und andere Kriegsgesellschaften.

Die Haager Gefangenenerklärung.

Das Haager Korrespondenzbureau meldet, daß der Vorsitzende der englischen Delegation für die Kriegsgefangenenkonferenz, Sir George Cade, plötzlich vom Premierminister wegen wichtiger Angelegenheiten, die jetzt im Parlament verhandelt werden, nach London abgerufen wurde. Die Verhandlungen werden durch die beiden anderen britischen Delegierten Lord Newton und General Wellfeld fortgesetzt.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft sagt in einer Erklärung, die auf die Haager Konferenz Bezug nimmt, die Lage der in den außer-

Die „spanische Krankheit“.

Es hat nicht lange gedauert, bis die zuerst im letzten Drittel des Monats Mai in Spanien bligartig aufgetretene Epidemie ihrem wahren Charakter nach erkannt worden ist. Hat sie sich doch alsbald als unsere gute, alte Grippe entpuppt, die ja schon so oft unseren Erdteil befallen hat, und für die seit der letzten großen Epidemie vor annähernd dreißig Jahren der Name Influenza gebräuchlich geworden ist. Seit länger als einem halben Jahrtausend ist sie in Europa bekannt; nach dem Lande, von dem aus sie sich verbreitete, trug sie im Laufe der Jahrhunderte die verschiedensten Namen. Ob nun die von ihr befallene Menschheit das Uebel russische oder chinesische Krankheit, Maltafieber oder Bligkatarrh nannte — es war immer wieder die gleiche infektiöse Grippe.

Die ältesten beglaubigten Nachrichten von einer Influenza-epidemie gehen bis in das Jahr 1387 zurück; genauere Aufzeichnungen über Verbreitung und Symptome einer Epidemie hat man auch aus dem Jahre 1510. Diese brach zuerst auf der Insel Malta aus und führte daher den Namen Maltafieber, unter dem die Influenza bis heute in den Mittelmeerländern bekannt ist, obwohl die gleiche Bezeichnung anscheinend auch noch für andere, ansteckende Krankheit mit ähnlichen Erscheinungen üblich ist. Im Jahre 1557 breitete sich eine Grippe von Asien nach Europa, im Jahre 1590 wiederum eine Epidemie von Asien über Europa bis nach Afrika aus. Eine der bedeutendsten Influenzaepidemien war die vom Jahre 1792, die, genau so wie die früheren, in der Richtung von Osten nach Westen die Alte Welt durchwanderte. Damals wurde mehr als die Hälfte der Bevölkerung von der Grippe heimgeführt. Das 19. Jahrhundert begann mit einer weniger schweren und allgemeinen Epidemie, deren Eigenart darin bestand, daß sie sich in mehreren, aufeinanderfolgenden Jahren, von 1800 bis 1803, wiederholte. Die nächsten Grippeepidemien fielen in die Jahre 1830 bis 37, von denen das Jahr 1835 am härtesten heimgesucht war. Weit verbreitet war wieder die Influenza in den Jahren 1857 und 58; nicht so allgemein war die Epidemie von 1874/75, von der in Deutschland fast nur der Süden heimgesucht wurde.

Infolgedessen war die Grippe als Massenepidemie bei uns schon fast in Versehenheit geraten, als im Winter 1889/90 eine der gewaltigsten Influenzaepidemien aller Zeiten hereinbrach. Die ersten Meldungen von dem Ausbruch der Krankheit kamen im November 1889 aus Sibirien, wo fast die ganze Stadt Tomsk plötzlich erkrankte. Nach vierzehn Tagen hatte sich die Krankheit über das ganze europäische Russland ausgebreitet, von wo sie über Galizien nach Oesterreich-Ungarn gelangte. Fast gleichzeitig trat sie in Skandinavien auf. Um dieselbe Zeit brach die Grippe bligartig in Paris aus, wo zuerst in dem großen Louvre-Kaufhaus auf einen Schlag Hunderte von Angestellten erkrankten. Kurz darauf, noch im Dezember 1889, war, auf dem Wege über Dänemark, auch Deutschland bereits von der Seuche ergriffen, die hier, wie überall, vorwiegend die Großstädte heimgesucht. In Berlin wie in vielen anderen Städten gab es kaum eine Familie, in der nicht eine oder mehrere Erkrankungen vorkamen, und erst gegen Ende des Winters ebte die Epidemie in Deutschland ab. Vierzehn Tage nach dem ersten Auftreten in Paris war die Influenza bereits in New York um sich von dort aus rasch westwärts über die ganzen Vereinigten Staaten und Kanada fortzupflanzen. Etwas später trat sie auch in England und Spanien auf, wo sie ihre größte Verbreitung erst zu Beginn des Frühjahrs fand. Diese Pandemie ließ kaum ein Gebiet der nördlichen Halbkugel unberührt; sie zeigte ebenso wie die ganz großen Epidemien früherer Zeiten als Charakteristikum ihrer Ausbreitung die Wanderung von Osten nach Westen rings um den Erdball. Ueberhaupt die Seuche doch den Stillen Ozean und trat alsbald auch in China auf. Im nächsten Winter brach die Epidemie von neuem aus, war aber nicht mehr so allgemein verbreitet wie im Jahre zuvor; doch auch im Winter 1891/92 trat die Influenza wieder auf, und erst im Jahre 1894, zuletzt in der Schweiz, völlig ab. Die bereits im Winter 1889/90 eifrig einsetzende Forscherstätigkeit blieb infolgedessen zunächst erfolglos, als es nicht gelang, den angestrichelten Charakter der Seuche zweifellos vorhandenen Erreger zu entdecken. Erst zwei Jahre später, während der Berliner Epidemie von 1891/92, fanden R. Weisser und P. Canon den Influenzabazillus, zunächst winzige Stäbchen, die im Auswurf und im Blut der Influenzkranken vorkommen, unbeweglich und sehr schwer zu färben sind. Der Influenzabazillus ist oft kettenartig angeordnet; der japanische Vakteriologe Prof. Kitafato stellte fest, daß der Bazillus im Weinbrand auf Glitzeragar Kulturen bildet, wobei sich kleine, tropfenähnliche Kolonien ansammeln, die in den ersten vierundzwanzig Stunden nur mit der

Lupe erkennbar sind. Außerhalb des Organismus geht der Bazillus rasch zugrunde, sobald der Auswurf eintrocknet. Bei größerer Wärme stirbt er ebenfalls rasch ab, bei 80 Grad C binnen fünf Minuten. Schon daraus geht hervor, daß bei größerer Sommerhitze und Sonnenchein die Infektionsgefahr abnehmen muß, wie ja auch tatsächlich die Influenza vorwiegend eine Winterkrankheit ist. Da sich der Erreger stets im Auswurf der Kranken und zwar am zahlreichsten auf der Höhe der Krankheit findet, und da durch Ueberpflanzung auf Affen Influenza auch bei diesen hervorgerufen wird, so besteht kein Zweifel daran, daß dieses Bakterium den spezifischen Krankheitserreger darstellt.

Die Behandlung der Grippe ist sehr einfach; Betruhe und vorzügliche Diät haben sich als das einzige und beste Bekämpfungsmittel erwiesen. Die bei der großen Epidemie von 1889/90 vielfach angewandten Fiebermittel bekämpften nur die Symptome und haben sich gegenüber dem Erreger als unwirksam erwiesen. Der gesunde Organismus hilft sich selbst, und wenn keine Komplikationen eintreten, so erfolgt nach drei bis acht, höchstens vierzehn Tagen vollständige Genesung. Gegen den Eintritt schwerer Folgeerkrankungen, vor allem der Lungenentzündung, bildet sofortige Betruhe den besten Schutz. Erläuterungen erhöhen die Gefahr der Ansteckung; es scheint aber Individuen zu geben, die gegen die Influenza immun sind, wenngleich sich dieser Nachweis schwer erbringen läßt.

Wodurch entstehen nun die großen Pandemien? Bei der Art des bligartigen Auftretens der Influenza liegt der Verdacht nahe, daß sich die Krankheitskeime auf dem Wege durch die Luft verbreiten; Fürbringer sagt: Ihre Keime müssen zur Zeit der großen Epidemien in ungeheurer Menge die Luft über Ländern und Meeren, wie aus gigantischer Pandorabälge ausgestreut, erfüllen. Alle Abwehrmaßnahmen haben sich denn auch stets als unwirksam erwiesen. J. Rußemann glaubte den Mangel an Sonnenschein mit dem Auftreten der Influenza in Verbindung bringen zu können; C. R. Richter ist jedoch der Nachweis gelungen, daß hoher Luftdruck das Auftreten der Epidemien begünstigt. Lagert längere Zeit ein barometrisches Maximum über einem bestimmten Gebiet, so findet dort auch ebenso lange ein Abströmen der Luft aus der Höhe nach dem Erdboden statt, und da die Atmosphäre in den höheren Schichten nach den Untersuchungen de Zbiertys einen wesentlich größeren Ozongehalt aufweist, als nahe am Erdboden, da ferner Ozon und Ozon nachgewiesen haben, daß schon die minimalste Zunahme des Ozons in der Luft die Atmungsorgane reizt, so scheint die bei anhaltend hohem Luftdruck erfolgende Zunahme des Ozongehalts die Vorbedingung für den Ausbruch einer Influenza-Epidemie zu bilden. Es kommt hinzu, daß der dauernd absteigende Luftstrom die Atmosphäre nahe dem Erdboden wahrcheinlich mit Krankheitserregern anreichert, namentlich bei fehlendem Sonnenschein, während umgekehrt der bei niedrigem Luftdruck aufsteigende Strom die Bakterien hinwegführt. Richter hat sogar einen Zusammenhang zwischen Sonnenfleckenminimum und Influenzaepidemien nachgewiesen, da zur Zeit des Fleckenminimums der Luftdruck oft besonders hoch ist. Aus alledem geht hervor, daß diese Epidemien stets innerhalb der großen Hochdruckgebiete ausbrechen müssen, was denn auch mit den tatsächlichen Verhältnissen völlig übereinstimmt.

Ein Institut für die Kunde Rußlands.

Der verstorbene Genosse Artur Schulz hat, wie bereits kurz angemerkt wurde, den größten Teil seines Vermögens zur Gründung einer besonderen Anstalt an der Universität Königsberg gestiftet, die der besseren Kenntnis Rußlands und darüber hinaus der Förderung friedlicher Beziehungen zu dem großen Nachbarvolke dienen soll.

Aus einem die Probleme des Ostens behandelnden Artikel des Genossen Quessel (in den „Sozialistischen Monatsheften“, 15. u. 16. Heft) erfährt man näheres über die Beweggründe und Ziele dieser Stiftung. Artur Schulz, der den Russeneinfall in Ostpreußen miterlebt hatte, ließ sich durch all das Schreckliche in seiner Auffassung über die halt aharische Friedfertigkeit des russischen Nationalcharakters nicht irre machen. Als reifer Mann lernte er noch die russische Sprache und suchte dem Russentum seelisch nahe zu kommen. Er beschäftigte sich eindringlich mit den Kriegsgefangenen und gewann so Fühlung mit dem russischen Gemütsleben. In seinem Testament setzte er seine auf Grund solcher Eindrücke gewonnene Ueberzeugung dahin zusammen:

„Will das deutsche Volk in dem unermehlbaren, meines Erachtens erst in den Anfängen stehenden Kampf mit dem Angelsächsentum nicht unterliegen, so muß es das frühere, durch den Krieg leider gestörte gute nachbarliche Verhältnis zu Rußland wiederherstellen und es zu einem freundschaftlichen Zusammenleben und Wir-

ken im friedlichen Austausch geistiger und materieller Güter, so zum Schutz- und Trugbündnis weiter zu entwickeln suchen. In dieser von mir für unbedingt nötig gehaltenen Ueberzeugung des deutschen und russischen Volkes und Soantes hoffe ich nach meinen schwachen Kräften ein kleines beitragen zu können, indem ich den weitest größten Teil meines Nachlasses einem zu begründenden Russischen Institut zuwende. Denn durch Verbreitung eines gebieterischen Wissens über Rußland und durch die Erziehung und Ausbildung von wissenschaftlich geschulten Männern, die als Vermittler zwischen Rußland und Deutschland zu dienen gewillt sind, wird, wie ich hoffe, das Institut der so wünschenswerten politischen und wirtschaftlichen Annäherung beider Nachbarvölker gute Dienste erweisen können.“

Man braucht die politische Motivierung der Stiftung sich nicht zu eigen zu machen; aber den hohen idealen Wert und die Nützlichkeit eines Russischen Instituts im Schulgeschehen Sinne wird nur eine Meinung bei allen Deutschen sein, die mit den Ostvölkern in kulturnellem Einvernehmen leben wollen.

Ein Osteuropa-Institut ist auch in Breslau in Bildung begriffen. Der dortige Professor der Volkswirtschaft Prof. A. Weber ist sein Verberer und Gründer. Die neue an die Breslauer Hochschule sich anlehnende Anstalt will die Entwicklungsbedingungen des geistigen und wirtschaftlichen Lebens in Osteuropa studieren und die Ergebnisse nutzbar machen. In Warschau, Kiew, Bukarest, Sofia bestehen bereits Arbeitsauschüsse. Die Forschungsstätte, die auch eine Auskunftsabteilung für weiteste Zwecke sich anschließen wird, soll im Herbst zu wirken beginnen.

Mitteluropa öffnet die Fenster nach dem Osten. Mögen nicht nur Wissenschaft und Wirtschaft davon befruchtet werden, sondern die Völker selbst sich näher kommen.

Kriegswucherer von Anno dazumal.

Für die Zeitgenossen des Weltkrieges ist es sicher nicht uninteressant, zu erfahren, daß man nicht nur in den Jahren 1915, 16, 17 und 18 den Kriegswucher ebenso temperamentvoll wie erfolglos bekämpft, sondern daß es schon zu Zeiten des 30-jährigen Krieges Leute gab, die sich über ihn beischerten. Auch damals waren es jene, die mit ihrer Befolgung auskommen mußten, die am schlimmsten unter ihm litten. Ebenso verschwand ganz wie heute Gold und Silber, sowie jede bessere Münzsorte auf räuberische Weise aus dem öffentlichen Verkehr. In gewissen Gegenden und zu gewissen Zwecken war das Geld so schlecht geworden, daß Beamte, die nur dieses neue Geld erhielten, 10—20fache Preise entrichten mußten. In welcher Art die Dinge des täglichen Lebens sich verteuerten, darüber gibt eine alte und fast vergessene Schrift „Historische Relation der jüngst am Tage aller Heiligen in Parnasso gehaltenen Götter-Versammlung über das teutsche Münzwesen durch Oristodorum Pistopatriotam Vargium 1621“:

„Nunmehr alles gute Geld von Heller und Pfennigen bis zum Reichthaler also aufgewechselt, daß kein ehrlicher Mann mit dem anderen handeln kann, keiner kann dem Armen einen Pfennig geben, man kann kein Opfer verrichten, nichts in den Gottesdiensten legen — — — Ein Halber Korn haben wir vor 15 Jahren mit 2 oder 3 Thalern bezahlt, iyo in diesen 1621 Jahr ist das frische Korn schon um 14 Thaler verlaufen. Eine Meze Habern kostete vor diesem 16 Pf. iyo 8 Gr. was wird werden ehe Pfingsten und Jacobitus wieder kommen. Ein Hering kostete damals 2 oder 3 iyo 18 Pfennige. Ein Pf. Butter 4 iyo 20 bis 24, ein Pf. Käse 16 Pf. iyo halb 3 Gr. Ein paar Schuhe 6, 12 oder 15 Gr. iyo 2 auch 3 und 4 Gulden. Ein Kalbfell 8 oder 8 Gr., iyo ein Gulden oder Thaler. Ein Loth Seiden 6, 7 oder 8 Gr. iyo 3 Gulden. Eine Elle Tuch vor ein Thaler iyo 3, 4, 5 Thaler.“

Wenn solche Zustände schon drei Jahre nach Beginn des Krieges herrschten, so kann man ohne große Phantasie sich leicht vorstellen, wie es nach 30 Jahren in dem unglücklichen Deutschland ausgesehen haben mag. Die völlige Zerstörung aller Kulturwerte, die Vernichtung der Siedelungen, die gänzliche Verarmung von Stadt und Land und der Rückgang der Bevölkerung auf ca. 4 Millionen Menschen waren die Folge des sinnlosen Nordens und Verwüstens fremder und eigener Heere.

Notizen.

— Eine Rosegger-Gedächtnisfeier veranstaltet der Schupverband Deutscher Schriftsteller unter Mitwirkung hervorragender künstlerischer Kräfte in der zweiten Hälfte des Juli.

— Kunstchronik. Die Ausstellung „Berliner Bildnisse 1848—1918“ in der Berliner Sezession ist nur noch bis zum 15. Juli geöffnet. Sie ist täglich von 10—6 und Sonntags von 10—2 Uhr zu besichtigen.

Lodz. Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

Vorowiecki war Farbendechner, Baum war Fachmann für Weberei und Spinnerei und Welt hatte die Handelschule absolviert. In Lodz bezeichnete man sie mit Epithamen: Welt und die zwei großen V.S., oder Baum und Kompagnie, oder die drei Lodzger Gebrüder.

Murray lief ihm bis in den Garten entgegen und wischte sich schon von weitem seine immer schweißenden Hände mit einem mächtigen gelben Tuch ab.

„Ich dachte, sie kämen nicht mehr.“

„Ich hab's doch versprochen.“

„Ein junger Warschauer ist bei mir, der kürzlich erst nach Lodz gekommen ist.“

„Was für einer?“ fragte Vorowiecki gleichgültig, seinen Mantel im Vorzimmer ablegend, das bis zur Decke mit Stichen von nackten Frauenkörpern behängt war.

„Ein Kaufmann, macht hier eine Agentur auf.“

„Teufel noch eins, von zehn Leuten, die man auf der Straße trifft, sind sechs soeben angekommen und machen Agenturen auf, und neun wollen Millionen machen.“

„Deshalb wird's auch so eng in Lodz.“

„Na, wenn die Neuen Farbe“ wären, aber sie sind ja gemeinste Beize.“

Der Warschauer, Koslowski mit Namen, erhob sich zur Begrüßung lässig vom Sofa und fiel gleich wieder schwer zurück.

Ein lebhaftes Gespräch entwickelte sich. Murray war in der Früh in der Stadt gewesen und erzählte von den Folgen der Bankrotte.

„An die zwanzig Firmen wird gleich der Teufel holen, und wie vielen die Pleiten das Blut abzupfen werden, das wird sich noch zeigen. Auf alle Fälle wantt Wolfmann. Grünspan's Schwiegerjohn Großmann affordiert; von Frischmann heißt's, daß er bloß auf eine Gelegenheit wartete und daß er heute auch gleich in großer Eile zusammengebrochen ist, er hatte Angst, man könnte ihn vielleicht darin stören, er muß was verdienen, dem Schwiegerjohn muß er jetzt die Müdigkeit auszahlen. Man erzählt, daß auch Trawinski bei allen Banken umberlief; er sieht nicht gut. Sie kennen ihn, Herr Vorowiecki?“

„Ein Kollege von uns, aus Riga.“

„Das ist ja das reinste Sodom und Gomorrha hier, wie ich sehe.“

„Was hört man denn in Warschau, immer noch Mikado?“ fragte Karl spöttisch.

„Das ist ja schon längst vorbei.“

„Ich bin nicht so courrant der Warschauer Angelegenheiten, ich gestehe es offen.“

„Ich sehe es; denn bei uns herrscht jetzt „Der Vogelhändler“: Noch a Mal, noch a Mal!“

Er trällerte unwillkürlich und wohlgefällig lächelnd vor sich hin.

„Herr Robert, zeigen Sie mir doch Ihre neue Einrichtung.“ bat Karl.

Sie begaben sich auf die andere Seite des Hauses.

„Das ist ja ein ganzer Laden von schönen Möbeln.“ rief er erstaunt.

„Schön, nicht wahr?“ sagte Murray stolz.

Es war ein winzig kleiner Salon, elegant eingerichtet, mit gelb bezogenen Möbeln überfüllt, die auf einem blaßviolettten Teppich standen, und mit gleichfalls gelben Portieren drapiert.

„Das ist eine schöne Kombination!“ rief Karl, mit Vergnügen die Farbenharmonie betrachtend.

„Schön, nicht wahr?“ rief Murray beglückt und wischte sich die Hände ab, um die seidnen Vorhänge zu betasten.

Sein Vukel zitterte, und der Kopf schob sich am Rücken immer wieder hinauf, und immer wieder zog er ihn zurecht.

„Das wird ihr Voudoir sein.“ flüsterte er leise, Vorowiecki andächtig in ein winzig kleines Zimmer führend, das mit Miniaturgerät und einer Masse Nippesachen aus Porzellan vollgeräumt war.

„Sie haben aber auch nichts vergessen, wie ich sehe.“

Er zeigte ihm noch das Schlafzimmer und ein kleines Hinterzimmer.

Alles war gleich elegant und mit Komfort eingerichtet, überall sah man die Hand des Kenners und eines Mannes, der seine künftige Frau sehr lieb hatte.

Sie kehrten dann in den Salon zurück; Karl setzte sich und schaute Murray mit einer gewissen Verwunderung an.

„Sie müssen sie innig lieben.“ jagte er.

„Ich liebe, ich liebe sie sehr! Wenn Sie wüßten, wie ich ständig an sie denke.“

„Und sie?“

„Still! . . . Neben mir nicht davon,“ unterbrach er rasch, durch die Frage verwirrt.

Karl schwieg, rauchte eine Zigarette und fühlte, wie ihn Müdigkeit überfiel.

Eine schläfrige Stille umgab sie.

Murray wuschte sich die Hände, zog seinen Rock zurecht, glättete mit der flachen Hand seine mächtigen, glattrasierten Kinnbäden und starrte auf den Teppich, auf die blassen Margueriten in dem mittleren Feld.

„Noch a Mal! Noch a Mal!“

Koslowski's Lieb zitterte in gedämpften Tönen, und der leise Klang des Klaviers drang in den Salon.

Murray träumte von seinem künftigen Bild und lebte in den Gedanken an seine Heirat.

„Vielleicht singen Sie ein Liebeslied, so ein, na, warmes Lied.“ bat der Engländer.

„Aus welcher Operette?“

„Das weiß ich nicht, ich habe nur Liebeslieder so gern.“

Billig sang ihm Koslowski verschiedene in Warschau populäre Lieder.

„Sehen Sie, das ist nicht das, ich kann es nicht sagen, ich kenne zu wenig eure Sprache, aber ich möchte gern so was Süßes und Schönes haben, das, was Sie singen, ist sehr ordinär.“

Koslowski begann aus seinem unererschöpflichen Repertoire Lieder von Lofli zu trällern.

Murray war ganz vertieft, er vergaß den Tee einzuschicken, wuschte sich die Hände nicht mehr ab, zog den Rock nicht mehr zurecht, trank bloß mit ganzer Seele diese süße, leidenschaftliche, brennende, dann wieder melancholische Musik; mit seinem ganzen Wesen hörte er zu, bis ihm vor Entzücken Tränen aus den Augen liefen und das lange Kiffengesicht vor Mühsung zitterte.

VI.

Worih Welt war gegen elf ausgegangen, wie Matthias Vorowiecki ausgerichtet hatte; er schleppte sich über den Bürgersteig, der ganz in Sonne gebadet war, und versank in eine so tiefe finanzielle Kombination, daß er die vorbeigehenden Bekannten, die ihn grüßten, gar nicht bemerkte. Stumpfen, nachdenklichen Blickes schaute er auf Stadt und Leute.

„Wie soll man's anfangen? Wie soll man's anfangen?“ überlegte er immer von neuem.

(Fortf. folgt.)

Die dritte Lesung des Etats im Reichstag.

(Schluß aus dem Hauptblatt.)

Abg. Ledebour (U. Soz.):

Herr Scheidemann verkennet die Tatsachen vollkommen. Die militärisch-höfliche Kamarilla, die bei uns die auswärtige Politik macht, hat von Anfang an Weltkriegepläne verfolgt...

Vizekanzler v. Bahr:

Einer Auseinandersetzung mit dem Abg. Ledebour hat mich der Herr Präsident entbunden. Wenn ich Herrn Scheidemann richtig verstanden habe, wird die sozialdemokratische Partei den Etat ablehnen...

ein Bild von der Art und Weise der Obersten Heeresleitung

und von ihrem Verhältnis zur zivilen Reichsleitung gegeben, das falsch ist und in diesem Hause nicht so hätte dargestellt werden sollen. (Lachen v. d. Soz.) Die Schilderung befand sich auch ein geringes Maß von Dankbarkeit gegenüber der Obersten Heeresleitung...

In bezug auf die Politik im Innern wird Herr Scheidemann uns vor, wir hätten kein richtiges Herz für die Roten der breiten Massen...

sondern auch den der Unfreiheit.

In anderen Ländern ist es ebenso. Gewisse Beschränkungen der persönlichen Freiheit muß sich in jedem Krieg jeder gefallen lassen. Auch wir hinter der Front müssen uns zum Wohle des Ganzen gewisse Beschränkungen auferlegen...

Abg. Graf Westarp (L.):

Die Behauptungen Scheidemanns, daß sich das Volk in Rot und Anarchismus fälle, geht weit über die Wahrheit hinaus. Gewiß laien Rot und Entbehrung auf dem Volke, aber daran ist nicht wenig das Diktat der Sozialdemokratie in wirtschaftlichen Fragen schuld...

Es ist unrichtig, daß zwischen der Kühnmann-Rede vom Montag und der vom Dienstag ein Unterschied auf Veranlassung der Obersten Heeresleitung besteht. Die Politik der Sozialdemokratie und die Friedensangebote haben und dem Frieden um keinen Zentimeter näher gebracht...

Drohung des parlamentarischen Stanzbills

zu führen, um den Einfluß der Obersten Heeresverwaltung lahmzulegen. Im modernen Kriege sind Kriegsführung und Politik in besonderem Maße miteinander verknüpft...

Abg. Dr. Thoma (nall.): Unsere Feinde wollen keinen Frieden in Ehren. Die Regierung hat an dieser Stelle erklärt, daß Belgien kein Hindernis des Friedens sein soll. Ich frage den Abg. Scheidemann: Was hat uns in diesem Kriege die Wahrheit geholfen?

Abg. Scheidemann (Soz.):

Vizekanzler v. Bahr soll in seiner Erwiderung auf meine Rede, die ich leider nicht mit anhören konnte, einen scharfen Ton angeschlagen haben. Dazu habe ich ihm keine Veranlassung gegeben. Ich habe gegen die Oberste Heeresleitung keine Vorwürfe erhoben...

Alles dies ist doch das Werk der Obersten Heeresleitung. (Sehr wahr! v. d. Soz.) Und wer vor allem hat die Kühnmann-Rede gesurriet? Hat nicht die Oberste Heeresleitung den Vertreter der Presse die Rediten gelesen, die eigentlich Kühnmann galten?

monstration der Etatablehnung leisten, aber als Mehrheit brächten wir dadurch das Reich in große Gefahr. Aber wenn wir die Mehrheit hätten, würden wir den Etat ja so gestalten, daß er uns gefällt, und solche Zustände schaffen, daß gar kein Gedanke an seine Ablehnung sein könnte.

Herr Dr. Thoma hat sich gegen die Offensive der Wahrheit gewendet. Was wir denn mit der Wahrheit erreicht hätten? Was haben wir denn mit dem Gegenteile erreicht?

Abg. Ledebour (U. Soz.): Herr v. Bahr soll uns nicht glauben machen, daß sich die Zivilregierung von der Obersten Heeresleitung nicht in ihre Befugnisse hineinreden ließe.

Im der Spezialdebatte über den Etat des Reichskanzlers

wendet sich der Abg. v. Laszewski (Polen) gegen die Behandlung der östlichen Fremdböller, besonders der Polen.

Es folgt der Etat des Auswärtigen Amtes in Verbindung mit der zweiten Beratung der Bukarester Friedensverträge.

Abg. Thoma (nall.) verlangt energische Bestrafung der an den Greueln gegen die in Rumänien Kriegsgefangenen Schuldigen. Abg. Dr. Hoffe (L.) schließt sich dem Vorredner an und behauptet, daß Rumänien keine Kriegsschuldigung auferlegt ist.

Oberst v. Franke: Die Greueln gegen unsere Gefangenen in Rumänien werden übertrieben dargestellt. Wir sind noch mit der genauen Feststellung beschäftigt.

Ministerialdirektor Kriege: Die Angehörigen unserer mißhandelten Gefangenen haben durch den Friedensvertrag Entschädigung bekommen; die Schuldigen sind bestraft worden.

Schluß 8 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Wiederaufbau Ostpreußens.

Die Denkschrift über den Wiederaufbau Ostpreußens, die das Abgeordnetenhaus am Mittwoch beriet, gab Vertretern aller Parteien und der Regierung Veranlassung, ihrer Sympathie mit den von dem Russeneinfall heimgeführten Bewohnern unseres Ostens Ausdruck zu verleihen.

Nachdem das Haus die Denkschrift zur Kenntnis genommen hatte, trat es in die Beratung des Antrags des (L.) und Genossen betr. Erleichterungen bei der Kleiderabgabe.

Am Donnerstag wird außerdem die Wahlrechtsvorlage nochmals beraten. Vermutlich werden hierzu weder Anträge gestellt, noch längere Reden gehalten.

Neuer 15-Milliarden-Kredit.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes zugegangen, das den Reichskanzler ermächtigt, zur Verrückung einmaliger außerordentlicher Ausgaben abermals die Summe von 15 Milliarden Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen.

Der Kühlmann-Prozess.

Der zu heute, Donnerstag, angeordnete Termin zur Hauptverhandlung in dem Prozesse wegen Verleumdung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Dr. v. Kühlmann wird nicht, wie vielfach vermutet wurde, in den Räumen eines der Schwurgerichtssäle, sondern in dem kleinen Verhandlungszimmer der 7. Strafkammer stattfinden. Dieser bietet nur Raum für höchstens 20 Zuhörer. Karten zum Zuhörerraum werden nicht ausgegeben. Die Anklage richtet sich gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Zeitung“, Dr. Dumcke und den Redakteur der „Alldeutschen Wälder“, Dr. Dumcke und hat folgende Vorgeschichte: Der Vorsitzende des „Alldeutschen Verbandes“, Justizrat Ulf in Mainz, hatte sich in einer Verbandsversammlung dahin geäußert, daß in unseren wichtigsten Ämtern einige Persönlichkeiten seien, die in sittlicher Beziehung und in bezug auf ihr Verantwortlichkeitsgefühl den Ansprüchen nicht genügen, die man an politische Führer stellen müsse. Als dann Herr Ulf in der Presse aufgeführt wurde, die von ihm gemeinten Persönlichkeiten deutlicher zu bezeichnen, veröffentlichte die „Deutsche Zeitung“ einen Artikel, der direkt den Staatssekretär Dr. v. Kühlmann als eine solche Persönlichkeit bezeichnete und ihm direkt zum Vorwurf machte, daß er unter besonders erschwerenden Umständen die Würde des Deutschen Reiches und den deutschen Namen im Auslande durch sein Verhalten herabgesetzt habe. — Auf die hierauf erschienenen tadelnden Preßäußerungen in verschiedenen Blättern folgte in der „Deutschen Zeitung“ ein zweiter Artikel, der die Anschuldigungen gegen Herrn v. Kühlmann noch unterstrich und ergänzte, auf angebliches „Sichausleben“ des Staatssekretärs während seines Aufenthaltes in Vukarest anspielte und daraus den Schluß zog, daß Herr v. Kühlmann sich durch dieses Verhalten als untauglich zum Amte des Staatssekretärs erwiesen habe. — Dasselbe Thema mit derselben Schlußfolgerung, daß Herr v. U. für sein Amt untauglich sei, wurde dann noch in einem Artikel der „Alldeutschen Wälder“ behandelt. — Die Angeklagten haben erklärt, daß sie nach der ganzen Persönlichkeit des Verfassers der Artikel an die Wahrheit der behaupteten Tatsachen glauben müssen. Ueber die Stichhaltigkeit dieser Behauptungen wird ein eingehender Zeugeneis erhoben werden. — Die Verhandlung leitet Landgerichtsdirektor Westermann, die Anklage wird Staatsanwalt Seinhmann vertreten, die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Schwandt und Jacobson (Hamburg). Da zu den schon genannten Zeugen noch mehrere vorgeladen sind, wird mit einer Verhandlungsdauer von drei Tagen gerechnet.

Die Umsatzsteuer im Hauptauschuß.

Der Auschuß berät am Mittwoch zunächst den § 11 der Vorlage, der den Steuerpflichtigen den Buchführungszwang auferlegt. Ein Antrag Waldstein will den vorgeschriebenen Zwang zur Buchführung durch bloßen Anzeigebzwang ersetzen. Kosele (Soz.): Irrenden die Kontrollmöglichkeit müsse natürlich geschaffen werden, wenn die Steuer überhaupt Erträge bringen sollte. Das Gesetz würde sonst vor allem wieder die Landwirtschaft fast völlig verschonen. Abg. Gröber (Str.) will nur ordnungsmäßige Aufzeichnungen vorgeschrieben wissen. Bei der Abstimmung wird der Antrag Waldstein angenommen, desgleichen ein Zusatzantrag Gröber, der sich in der obengenannten Richtung bewegt.

Eine Anzahl anderer Paragraphen werden nach kurzer Erörterung genehmigt.

Bei § 20 entsteht abermals eine angelegte Debatte. Es handelt sich um die Anwendung eines Teiles des Ertrags der Umsatzsteuer an die Gemeinden zu dem Zwecke, die Verdüsterung mit notwendigen Lebensmitteln zu versorgen. Die Sozialdemokraten beantragen hier ferner die Wiederherstellung des gestrichenen Absatz 4, der die einzelstaatliche oder kommunale Sonderbesteuerung vom Warenumsatz befreit. Abg. Neersch (Soz.) begründet den Antrag. Es müsse den Schenksteuerern der Einzelstaaten und Kommunen endlich ein Kiegel vorgehoben werden. Ueber die gewaltige soziale und wirtschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaften sei kaum noch ein Wort zu verlieren; sie mit allen Mitteln zu fördern, sei weise politische Voraussicht. Abg. Raden (N.) hat einen abschließenden Antrag gestellt, der besagt, daß von Geschäften, die vorwiegend notwendige Lebensbedürfnisse betreiben, vom 1. April 1919 ab in Bundesstaaten und Gemeinden Steuern vom Umsatz dieser Waren nicht mehr erhoben werden dürfen. Abg. Neersch be-

schneidet diesen Antrag als sehr bedauerlich und unklar. In der Abstimmung wird der Antrag Neersch mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen. Der Antrag Raden ist damit erledigt.

Ein zu § 20 gestellter Zusatzantrag der Fortschrittler will den Bundesrat ermächtigen, in Einzelfällen oder durch allgemeine Anordnung die Steuer zu ermäßigen oder zu erlassen. Allgemeine Anordnungen dieser Art sollen aber alsbald dem Reichstag vorgelegt werden. Hier entsteht wieder eine ausgedehnte Aussprache, die damit endet, daß der fortschrittliche Antrag abgelehnt und an seiner Stelle ein etwas anders formulierter Antrag Jung angenommen wird.

Bei § 31 (Strafbestimmungen) beantragt Gröber (N.) die Streichung des 4. Absatzes, der ganz überflüssig sei. Der Absatz stellt unter anderem die Unterlassung der Buchführung unter Strafe. Unterstaatssekretär Schiffer bekämpft diesen Antrag, der dahin führen würde, die Behörden um die zur Durchführung des Gesetzes notwendigen Maßnahmen zu bringen. Der Antrag Gröber wird abgelehnt; ein zu Absatz 3 gestellter Antrag Erzberger, der die angebrohten Geld- oder Gefängnisstrafen erhöhen will, wird angenommen.

Nach Erledigung einiger weiterer Abänderungsanträge ist die zweite Lesung des Entwurfs beendet.

Der Reichsausschuß der Zentrumsparthei

hielt unter der Leitung des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstags, Abg. Gröber, im Reichstagsgebäude in Berlin eine Sitzung ab. Erschienen waren 45 Mitglieder des Reichsausschusses. Zunächst wurden Justizminister Dr. Spahn und Reichstagspräsident Fehrenbach, die infolge ihres Ausscheidens aus der Zentrumsfraktion des Reichstags ihre Mitgliedschaft beim Reichsausschuß verloren hatten, wiedergewählt. Außerdem sind die Herren Oberhausmitglied Stegerwald, Generalsekretär des Verbandes christlicher Gewerkschaften, Verleger R. A. Wagem-Köln, Freiberger von Kerkerind zur Borg, Vorsitzender des Verbandes christlicher Pauervereine, Reichstagsabgeordneter Schiffer, Vorsitzender des Verbandes christlicher Gewerkschaften Deutschlands, und Pfarrer Stull, Mitglied des preussischen Abgeordnetenlaufes, beigezählt worden. Sodann sind eine Reihe von Richtlinien für die Parteiarbeit beschlossen worden, deren Fassung durch eine Redaktionskommission noch festgestellt werden und die demnächst veröffentlicht werden soll. Auch über die Organisation der Zentrumsparthei wurden Beratungen gepflogen und u. a. beschlossen, ein Zentralbureau der Zentrumsparthei in Berlin zu errichten. Ueber die Einzelheiten dieser Einrichtung werden den Zentrumsfraktionen nähere Vorschläge unterbreitet werden.

Zuletzt fand eine eingehende und offene Aussprache über die gegenwärtige politische Lage statt. Die ganzen Verhandlungen waren nach der „Germania“ sichtlich getragen von dem Bestreben gegenseitiger Verständigung.

Drei Anfragen.

Die urlaubsfeindliche Kriegsamtsstelle. — Das Fron einamtsbombardement. — Ein Notschrei der Hausbesitzer.

Eine Anfrage Wiebel (Soz.) lautet: Die Kriegsamtsstelle Leipzig hat den Arbeitgebern eine Verfügung ausgestellt, mit der ihnen die Einziehung von Arbeitskräften angekündigt wird, sofern den vom Heeresdienst zurückgestellten Angestellten mehr als 7 Tage und den Arbeitern mehr als einige Tage Erholungsurlaub gewährt wird. Ist der Herr Reichskanzler bereit, dafür zu sorgen, daß die angekündigte Maßnahme unterbleibt?

Trimborn (N.) fragt: In der feindlichen Presse wird gegen die deutsche Oberste Heeresleitung die Beschuldigung erhoben, daß sie am Fron einamts, einem der höchsten Feste der katholischen Christenheit, Paris beschossen habe, obgleich durch Vermittlung des Heiligen Vaters die britische Regierung zugesagt hatte, ihrerseits an diesem Tage die von der Front entfernt liegenden Städte nicht zu bombardieren. Es sei eine selbstverständliche Anstandsfrage Deutschlands gewesen, in Erwiderung dieses Entgegenkommens auch die Beschließung von Paris auszulassen. Sind diese Behauptungen dem Herrn Reichskanzler bekannt, und ist er bereit, dazu Stellung zu nehmen?

Herr Arendt (D. Fr.) hat schließlich folgendes auf dem Herzen: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Stellvertreternden Generalkommandos des 1., 2. und 7. Armeekorps Rietsländigungs- und Rietskriegerungsverbote erlassen haben, die zum Teil in Widerspruch stehen mit den Bestimmungen der Bundesratsverordnung zum Schutze der Mieter vom 26. Juni 1917? Was denkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die durch diese Verordnungen der Stellvertreternden Generalkommandos herbeigeführte schwere Unbilligkeit gegen die von den Kriegesfolgen besonders hart betroffenen Hausbesitzer zu verhindern?

Ob mancher Feind sich dir entgegenstellt, Er wird dein hebräisches Heil dir nicht vermissen. Die Schwerverfolgten wirst du alle finden Und sie zum Kampfe für ihr Recht verbinden. Du hast uns lang' geschickt, du deutsches Wort, — Nun wollen wir dich hören, dich verehren Als leures Vatererde, heil'gen Ort — So wollen wir dich unsre Kinder lehren. So wirke unter uns voll Kraft und Klarheit Im Kampfe für Gerechtigkeit und Wahrheit. Nun hatten wir eine deutsche Zeitung, und alles spitzte die Ohren, wenn abends im Lager daraus vorgelesen wurde.

Im Lager Kasan.

Die Tatarenstadt Kasan hatte kein eigentliches Gefangenenlager, sondern nur eine Gefangenenjammern. Hier werden die Gefangenen zu Arbeitskolonnen zusammengestellt und über das Gouvernement verteilt. Doch blieb in jedem Lager ein sogenannter Stamm, der hier etwa 400 Mann ausmachte. Diese Vierhundert hatten ein geräuschtes Lagerleben eingeführt. In einer großen Doppelhalle mit tausend Säulen, einer früheren Kasernen, waren die Gefangenen untergebracht. Eine Bibliothek, Zeitungen und sogar eine Kapelle waren vorhanden. Der Lagerkommandant war ein russischer Offizier, aber alle anderen Posten waren auch hier mit Tscheken besetzt. Hier wurden auch die Tscheken für die russische Armee angeworben, und es meldeten sich recht viele. Sie wurden eingekleidet und bewaffnet, einige Tage egerziert, und schon ging es zur Front. Es war am 20. Juli 1917, als von Kasan ein großer Transport zur Front abfuhr. Am gleichen Tage ging auch Artillerie von einem roten Regiment zur Front. Im Juni zwischen den Kanonen wurden zwei große rote Fahnen mit Aufschriften mitgeführt. Offiziere und Mannschaften trugen rote Schleifen und Blumen an Hüfte und Knie, und auf dem Bahnhofsintorierte die Regimentkapelle die Marschmusik. Unter ihren Mägen verlief der Zug die Station. Es waren die großen Transporte zur letzten Aerenklopfen nach dem Südrücken. Aber recht bald kamen die Trümmer dieser Armee ungeordnet zurück. Bei Larnopol war es kein Zurückgehen mehr, sondern ein völliger Zusammenbruch der russischen Armee.

Verheiratete Kriegsgefangene.

Daß ein Kriegsgefangener da oder dort Vater wird, dürfte man auch in Deutschland begreifen. Landesgrenzen spielen dabei keine große Rolle. Aber daß ein Kriegsgefangener sich verheiratet und ein wohlhabender Bauer wird, das ist wohl nur in Russland möglich. Vor der Gefangenenjammern im Lager Kasan stand eines

Parteinachrichten.

Wo bleibt die L. B.?

Die linksradikale im Namen Liebknechts auftretende Bremer „Arbeiterpolitik“, die den intellektuellen Mut der Wahrheit hat, greift die Unabhängigen wieder aufs härteste an:

„Als Stadthagen starb, glaubte wohl kaum jemand ernstlich, daß der Wahlkreis Niederbarnim den Unabhängigen verloren gehen werde. Vielleicht bogte man hier und da Befürchtungen wegen einer etwaigen Stichwahl. Aber daß die Unabhängigen schon im ersten Wahlgange so kläglich in der Niederarbeit bleiben würden, das hat wohl niemand erwartet. Galt doch nicht nur Stadthagen, sondern auch der Wahlkreis selbst als einer der radikalsten in Deutschland. Stadthagen hatte ihn 27 Jahre lang, seit 1890, ununterbrochen im Reichstage vertreten. Und mit weichen imponanten Majoritäten!

Man hat die Schuld auf die Person des Kandidaten geschoben: statt eines Schriftstellers hätte ein Arbeiter aufgestellt werden sollen, statt eines von rechts gekommenen und nach rechts schillernden Kandidaten ein ganz radikaler. Die Probe auf dieses Exempel ist inzwischen in Jordan gemacht worden, wovon wir gleich reden. Viel wichtiger dünkt uns die Art und Weise, wie es bei der Aufstellung des Niederbarnimer Kandidaten zugegangen ist. Nämlich ganz so, wie es in der guten alten Sozialdemokratie in ihrer guten alten Zeit Mode war: der Kandidat wurde von oben her, von der Parteileitung und sonstigen einflussreichen Personen bestimmt. Natürlich bezog man die „demokratischen“ Formen nicht. Im Gegenteil, man überbot sich darin. Hat man doch ein regelrechtes Redeturnier zwischen mehreren Kandidaten veranstaltet, einen „Maulwettkampf“, bei dem es schwer war, nicht an Heinrich Heines Disputationation „In der Aula zu Toledo“ zu denken.“

Die „Arbeiterpolitik“ rechnet dann den Unabhängigen vor, daß die Mandate aller führenden unabhängigen Abgeordneten sehr gefährdet sind:

„Der erste Blick auf diese Tabelle zeigt, daß die Mandate der Abg. Haase, Dittmann, Loh, Herzfeld, Kuwert auf recht schwachen Füßen beruhen. Sie sind in früheren Jahren schon der Sozialdemokratie entzogen gewesen; zumal 1907, im Jahre der patriotischen Kolonialbegeisterung, waren sie alle fünf verloren. Es leuchtet demnach ein, daß sie auch bei der nächsten Wahl nur durch eine Verständigung zwischen den Unabhängigen und der Scheidemannparthei gehalten werden können. Kommt eine solche nicht zustande, so genügt eine geringe Aufspaltung, um die Mandate anderen Parteien in die Hände zu spielen. Wenn auch nur ein geringer Teil der ehemals sozialdemokratischen Wähler für etwaige Sonderkandidaten der Scheidemannparthei stimmt, so sind diese sämtlichen Wahlkreise den Unabhängigen verloren und ihre führenden Männer sind aus dem Reichstage entfernt.“

Die „Arbeiterpolitik“ schließt daraus auf den Zwang für die Unabhängigen, sich mit der verlassenen Sozialdemokratie verständigen zu müssen. Ueber kurz oder lang, jedenfalls rechtzeitig vor der nächsten allgemeinen Wahl, werden sich die Unabhängigen an die Scheidemannparthei heranzumachen, sich mit ihr verständigen und sich sogar wieder mit ihr vereinen. (Es gibt keine andere Lebensmöglichkeit für sie. Gegen den Widerstand der Scheidemänner, ja ohne ihre Hilfeberathung in die Unabhängigen aus dem Reichstage. Ohne den Reichstag aber können sie nicht existieren, dort allein ist ihr Lebenszentrum.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ hat bisher zu allen Vorhaltungen der „Arbeiterpolitik“ mit geschämiger Verlegenheit geschwiegen; wird sie auch weiterhin einer Auseinandersetzung mit ihren radikaleren Brüdern aus dem Wege gehen?

Aus den Organisationen.

Am 28. Juni beramten sich die Vertreter des 2. psälischen Wahlkreises Neustadt-Landau-Dürkheim, um wieder einmal über die Wahlkreise zu beraten. Der Wahlkreisvorsitzende Genosse Hartmann gab einleitend einen eingehenden Bericht über den Stand der Organisation des Wahlkreises. Vor Kriegsausbruch hatten wir 27 Ortsvereine, jetzt 14. Vor dem Kriege war die Organisation gut zu nennen. Der Krieg machte aber die jahrelange Tätigkeit zum Teil wieder zunichte. 600 Mitglieder wurden zur Fahne gerufen und schon über 100 davon sind gefallen. Anschließend hieran gab Genosse Gersch einen Bericht über die Presse. Er entrollte ein eingehendes Bild über deren Stand und besprach die Schwierigkeiten der Herstellung und des Verstandes. Genosse Proffitt will den Genossen Südekum für eine größere Verammlung gewinnen. Diese Verammlung soll eine Bezirksversammlung sein. Größere Verammlungen zu arrangieren, sei mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Zum Punkt Landesparlamentarier referiert Genosse Proffitt. Die Konferenz beschließt, zwei Delegierte zu entsenden und es werden als Delegierte die Genossen Hartmann-Kouhad und Kimmel-Lambrecht gewählt. Als Vortrat wird wieder Neustadt bestimmt.

Bilder aus der russischen Gefangenschaft.

Das deutsche Wort in Russland.

Als Kriegsgefangener, ohne jegliche Mittel, in Russland zu leben, ist ein schweres Los. Wer genügend Geld hatte, bekam überall etwas zu kaufen, wenn nicht direkt, so durch bestochene Soldaten. Viel schwerer als den Mangel an Geld fühlten wir die Unmöglichkeit, uns mit den Russen zu verständigen. Trotzdem man weiß, daß man nicht verstanden wird, kann man bei allen Gebärden und Bewegungen, die gemacht werden, um irgendeinen Wunsch auszudrücken, das Sprechen nicht unterlassen. Immer wieder wird der Wille lebendig, sich mittels der Sprache zu verständigen, so ausichtslos der Versuch auch ist. Immer wieder erhebt sich die Hoffnung, es könnte einen doch mal jemand verstehen. Und zweifellos gibt es in Russland Leute genug, die Deutsch verstehen. Zwei bis drei Millionen Deutsche leben in Russland, und die russischen Juden sprechen aber verstehen fast alle Deutsch; doch was konnte uns das helfen. Es war ja verboten, Deutsch zu sprechen, ja in den ersten Kriegsjahren war es mit unmitteldbarer Lebensgefahr verbunden, etwa auf der Straße einige deutsche Worte zu lassen. Wir haben öfter Personen angesprochen, an die wir zwecks Verständigung gewiesen waren und erhielten immer die Antwort: „No nimezhi njet“ (Kein Deutsch). Und doch wußten wir, daß sie Deutsch konnten, es aber verweigerten, weil sie vielleicht eine Denunziation fürchten. Auf diesem Gebiete ist auch Nichtsbares geleistet worden. Selbst in den deutschen Kolonienengemeinden, wo vor dem Kriege fast nur Deutsch gesprochen wurde, durfte kein deutsches Wort fallen, weil man fürchtete, als Landesverräter deportiert zu werden. Auch hieran können viele deutsche Kolonisten ein Lied singen. Erst als die Revolution die Jarenherrschaft beseitigt hatte und Befreiheit als eine Frucht der Revolution durchgeführt wurde, konnte das deutsche Wort wieder zur Geltung kommen und sich offen behaupten. Am 1. Juni 1917 erschien als erste deutsche Zeitung, wenn auch unter russischer Redaktion, die „Saratawer deutsche Volkszeitung“. Wie ein Erlösungsbrot klingt das Gedicht, das die erste Nummer einleitet:

Du hast uns lang' geschickt, du deutsches Wort, Du warst verstoßen, gedächet und vertrieben, Nur noch im Müllerton klangst du fort, Du uns mit Klammernschrit ins Herz geschrieben. Doch wie ihr Dast dich auch geschmäht, geschunden, Du lebst und wickelst fort unüberwunden, Du trittst hinaus in eine neue Welt, Zeiteure Rechte wieder aufzurichten.

Wogens eine Russin und weinte. Wir wurden auf sie aufmerksam und erkundigten uns nach der Ursache bei den Tscheken. Hier erfuhr wir, daß man ihren Ehemann, einen deutschen Kriegsgefangenen, wegen eines Vergehens vierzehn Tage eingesperrt hatte. Der russische Offizier machte ihr erst Vorhaltungen, daß sie einen Gefangenen und noch dazu einen „Germansky“ gebeitet habe, doch er erhielt die Antwort, sie lenne ihn schon zwei Jahre, und er wäre so gut. Nun wenn sie ihn so lieb habe, erwiderte der Offizier, könne sie ihn jeden Tag eine Stunde hier im Lager besuchen. So kam die junge Frau jeden Vormittag und durfte mit ihrem Gefangenen vor der Arrestzelle ein Stündchen plaudern. Als der Tag der Entlassung kam, holte sie ihren Ehemann mit Pferd und Wagen ab.

Im Lager Tozkoje.

Wegen Nahrungsmittelmangel im Kasaner Gouvernement wurden im Herbst 1917 die Gefangenen nach Gegenden transportiert, wo noch kein Mangel an Lebensmitteln herrschte. So kamen wir im Oktober nach dem großen Lager Tozkoje im Gouvernement Samara. Es war eine Barackenstadt, 16 Kilometer lang und etwa ein Kilometer tief. Sie liegt auf einer Hügelkette längs der Eisenbahn Samara-Orenburg. Im Winter 1915/16 herrschte dort Flecktyphus in erschreckendem Maße. Von 17 000 Gefangenen, die dort untergebracht waren, sollen 11 200 dieser Seuche zum Opfer gefallen sein, und liegen oben auf dem Massenfriedhof begraben. Nach Ausfragen der überlebenden Ärzte und Gefangenen trat die Epidemie so hart auf, daß es nicht möglich war, die Verstorbenen ordnungsgemäß zu beerdigen. Sie wurden hinaus in den Schnee gelegt und erst im Frühjahr beerdigt. Es fehlte direkt an Arbeitskräften, die in den hartgefrorenen Boden genügend Gräber hätten schaufeln können. Die Ueiche der Epidemie waren die schlechtesten Baracken, minderwertiges Essen und die Verbreiter die vielen Käufe. In Baracken, in denen nunmehr 300 Mann liegen, waren damals 650 untergebracht auf Holzstühlen, drei Schichten übereinander. Es fehlte damals auch an Ärzten und Medizin. Nachdem das rote Kreuz eingegriffen und Ordnung geschaffen hatte, konnten die sanitären Verhältnisse im Lager als zufriedenstellend bezeichnet werden, und später war so etwas wie 1915 nicht mehr möglich. Tozkoje diente hernach auch als Malarialager, und nur ganz wenige, die im Sommer dort sind, entgehen diesem Wechselfieber. Doch sind Todesfälle etwas ganz Seltenes und in der Regel ist dann noch irgendeine andere Krankheit die unmittelbare Todesursache. Als im Januar 1918 die Friedensverhandlungen einen guten Fortgang nahmen, verließen alle Deutschen und mehrere hundert Oesterreicher das Lager, um über Pöskau oder Petersburg ausgetauscht zu werden. Leider zogen sich die Verhandlungen in die Länge, und so konnten wir erst am 24. März unsere Heimatreise antreten.

Groß-Berlin

Zu Tode rationiert.

Ein Berliner Blatt fährt den Tod des englischen Ernährungsministers darauf zurück, daß er sich streng an die von ihm festgesetzten Rationen gehalten habe.

Lord R o n d h a , der britische Ernährungsminister, mußte erkalten.

Weil er sich streng an die eignen Vorschriften gehalten. Als Opfer der selbstbestimmten Rationen Entschwebte sein Geist in die höheren Regionen. Woraus sich für den Groß-Berliner die Frage erhebt: Wie kommt es, daß Herr v. Waldow noch lebt?

Erld Mandl.

Man weckt ein...

Unabänderlich, unabänderlich, ich weiß es! Vergeblich suche ich nach einer Erklärung, die mich zwingt, über Unabänderliches hier zu sprechen; denn versicherte ich, es sei zu ändern, so belächelte man meine Dichterphantasie —

Zu also, die Kartoffelration ist in dieser Woche gesunken, die des Brotes war es bekanntlich bereits. Aber Deutschland ist trotzdem weit entfernt vom Verhungern. Die Zahl der Familien ist hoch, die „alles haben“; umfangreich sind die Kreise, in denen erklärt wird: „Jetzt fragt man nicht nach Preisen, man kauft, was einem angeboten wird“; „man will sein Geld nicht zum Arzt tragen“. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend rühren sich fleißige Hände: man weckt ein. — Erst gestern war ich Zeuge, als ein Herr „besseren Standes“ fast zusammenbrach. Mit Sicherheit konnte festgestellt werden, Frau Sorge hatte ihn zu beharrlich verfolgt. Bald erholte sich der Unbekannte; sichtlich beschämt, seinem großen Erschöpfungszustande unterlegen zu sein, entfernte er sich wortlos. In der Familie dieses Herrn fragt man sicher verängstigt nach Preisen, man weckt nichts ein, man ist genötigt, „sein Geld zum Doktor zu tragen“.

Zu, ich begreife, solche Unterschiede sind unabänderlich, ich weiß es, ich weiß es. Nur meine Gedanken ließen sich beim Anblick des Zusammengeknickten nicht zwingen, sich nicht im Fluge der Männer draußen zu erinnern, die sich unterschiedslos dem Feinde zu stellen haben. In der Heimat ist es anders, ganz anders! Tausende, viele Tausende genießen ihre Vorzugs-Stellung, die ihnen erlaubt, sich weit von jenem Bedroher und Wehrdränger zu entfernen, der Menschenleben dahinsiechen läßt. Sie schrecken vor Preisen nicht zurück. Sie können den Bericht aus der letzten Berliner Stadtverordnetenversammlung über Kartoffelration ohne Herzklappen lesen. Sie werden sich und die Ihren erhalten. Man weckt ein. Welch ein Glück! — Unabänderlich, unabänderlich, ich weiß es —

Wir in der Heimat leben nach anderen Gesetzen wie „die da draußen“. Eigentum und Besitz entscheiden — hier in der Heimat. — „Nette sich wer kann“ lautet die Losung — hier in der Heimat. — Die Preise steigen, steigen wie eine Sturmflut, die Menschenleben gefährdet. Erst wenn diese Flut gesunken ist, wird man die vermiffen, die nicht in festgefügtem Kahn, — das heißt vor gut besetztem Tisch — sich zu sichern vermochten. Man ein wertvolles Leben mag dabei, nein, muß dabei mit zu Grunde gehen — hier in der Heimat. —

Unabänderlich, unabänderlich, ich weiß es —! Oder doch nicht unabänderlich? Oder sollte es am Ende doch Mittel geben, die die glücklich Bestehenden nötigen, ihre Plätze im rettenden Kahn mit den Erschöpften zu teilen?

Die spanische Grippe

hat weiter an Ausdehnung zugenommen. In einigen Städten mußten Klassen von Schulen und Seminaren vorübergehend geschlossen werden. Es fehlten die Schüler und Schulkinder mit samt den Lehrpersonen. Die Krankenanstalten sind bisher nur gering in Anspruch genommen worden. Die Ausbreitung der Krankheitserscheinungen ist dort am größten, wo viel Personen zusammenkommen, so in Hotels, Schulen, Büros, auf Bahnen und in Kasernen. Die durch Nachfrage bei den Krankenkassen festgestellt werden konnte, sind bedeutend mehr weibliche Personen als männliche erkrankt.

Von einem Arzt wird uns mitgeteilt, daß die Grippe bisher als ziemlich ungefährlich gelten dürfte. Todesfälle und schwere Krankheitsfälle seien nicht zur Meldung gekommen. Es sei jedoch nicht ausgeschlossen, daß noch Nachwirkungen dieses Virus verändern könnten. Insbesondere könnten hinzukommende Lungenentzündungen und andere Dispositionen zu schweren Krankheiten einen ungünstigen Einfluß ausüben, wie dies bei der großen Epidemie 1889/90 der Fall war. Es kam vor, daß eine Person, besonders solche mit schwachem Magen, zweimal hintereinander befallen wurde. Oft aber hinterläßt eine Erkrankung an Influenza eine gewisse Immunität, die dann bewirkt, daß erneute Anfälle milder verlaufen. Bei der jetzigen Epidemie hat man katarrhalische, gastrische und nervöse Formen unterschieden. Diese sind begleitet von Schnupfen, Halsschmerzen, Kopfweh und Halsschmerzen, sowie Bronchialkatarrh mit schleimig-eitrigen Auswurf, ferner von Appetitmangel, Durchfall, Kopfschmerzen, Schwindel, Ohrensausen, Schlafsucht, Krämpfen und Aufregungszuständen. Selten verläuft die Grippe ohne Fieber. Die Fieberturve steigt plötzlich und erreicht häufig hohe Grade. In der Regel dauert das Fieber vier Tage mit stark zehrenden Schmerzen in der Muskulatur, besonders in der Lendengegend. Häufig ist auch die Milz angeschwollen. Das Herz wird in einer großen Zahl von Fällen in Mitleidenschaft gezogen. Die häufigste Komplikation der Grippe ist eine Lungenentzündung, so daß die Grippe für Lungenkranke gefährlich werden kann. Tuberkulose sind auch mehr empfänglich für Influenza als starke und gesunde Personen.

Verschimmeltes Brot.

Eine Leserin schreibt uns: Nachstehende Zeilen möchte ich der öffentlichen Meinung zur Diskussion stellen. Ich halte diesen Weg für den geeignetsten, um im Interesse der Gesamtheit in Erfahrung zu bringen, wie das Publikum sich schätzen kann, Ersatz für das knapp bemessene Brot, falls ungenießbar, zu verlangen. Ich gebe hier in Kürze den nächsten Tatbestand wieder.

Am 26. Juni ließ ich ein Schwarzbrot aus der Filiale der Vereinigten Pommerischen Meiereien in der Mogkstr. 46 holen. Wie gewöhnlich — der Magistratsvorschrift und Sparanleihevorschrift folgend, legte ich das Brot an seinen gewöhnlichen Platz, um es zwei Tage später, also am 28., anzukommen. Dabei zeigte sich, daß die Kruste an der oberen Seite vollständig gelockert, das Brot klüftig und weich war. Ich bemerkte bei näherer Betrachtung, daß in dem Hohlraum eine üppige Pilzkolonie wucherte. Noch ein Stück schnitt ich ab, der Schimmel ging immer weiter. Da der Brot-

reichtum wohl keinen Abwärtsdruck macht und ich das Brot nicht entbehren konnte, ging ich in die Filiale des betr. Geschäfts, zeigte der Verkäuferin das mitgebrachte Brot und bat höflich um Ersatz. Ich wurde mit den Worten abgewiesen, daß sie dazu nicht in der Lage sei. Sie hätte in der vorigen Woche gleichfalls schimmeliges Brot essen müssen. Immerhin wollte sie versuchen, bei der Mehlstelle anzutelephonieren.

Darauf ging ich, nachdem das ungenießbare Brot von verschiedenen Personen bestaunt worden, zum zuständigen Polizeirevier in der Richthausenstraße. Der dortige Wachtmeister beah es und erklärte mir, ob ich nicht wisse, daß das Mehl, das verboden wäre, nicht rein, sondern gemischt sei. Dieser freundlichen Aufklärung bedurfte es allerdings nicht. Wir wissen — oder wir wissen vielleicht Gottseibei nicht —, was wir für Brot essen. Dann meinte er weiter, das Brot müßte erst auf Ungenießbarkeit und Schädlichkeit hin untersucht werden. Auf meinen beschiedenen Einwand, was ich denn nun essen sollte, antwortete er nicht. Er gab mir das Brot aber mit dem Bemerkten zurück, es läge an meiner Aufbewahrung, daß es verschimmelt sei. Ich gab mir weiter keine Mühe den Beamten ob meiner wohlhabenden Verhältnisse und hausfraulichen Kenntnisse aufzuklären, er handelte wahrscheinlich nach seiner Instruktion und seinem Ermessen.

Auf dem Rückweg begab ich mich nochmals in die Pommerische Meierei. Dort hatte die Verkäuferin inzwischen telephonisch erfahren, daß das verbotene Mehl der vergangenen Woche minderwertig war. Trotzdem gab sie mir die Antwort, solches Brot müßte eben frisch gebacken werden und diese nicht alt werden. Ich erwiderte ihr nur, daß sei die neueste Kriegsverordnung, die ich höre, im übrigen sei das Brot bei mir bis zum Anschnitt zwei Tage alt geworden! Ersatz erhielt ich nicht, trotzdem das Mehl zugegebenermaßen schlecht war.

Zu Hause angelangt, telephonierte ich mit dem Lebensmittel- resp. der Mehlverteilungsstelle von Wilmersdorf. „Wo haben Sie das Brot gekauft?“ fragte die Dame der Mehlstelle. Der Referent weiß es bereits. „Tut mir leid, für die Geschäfte der Pommerischen Meiereien ist eine andere Mehlstelle zuständig, an die müssen Sie sich wenden.“ „Kann ich nicht zur Brotkommission gehen und um eine neue Karte bitten, ich habe doch nun kein Brot?“ „Nein, das hat keinen Zweck. Sie bekommen keine Karte und auch schwerlich Ersatz von der betreffenden Mehlstelle.“

Ich hängte den Hörer nicht gerade in rosigster Stimmung an. An welche Instanz sollte ich mich noch wenden? Es bedurfte für mich keiner bakteriologischen Untersuchung, ob das Brot gesundheits-schädlich sei, da es, als ich es nun zu meinem Privatvergnügen der Länge nach aufschnitt, von oben bis unten mit Pilzen besät war. Es war ekelhaft und eine Schande, daß man quast gezwungen werden sollte, solches verdorrenes Brot zu essen. Jetzt machte ich mir noch den diebstahligen Spaß — mein kauernder Magen — seit zwei Tagen bereits ohne Brot — gab mir ihn ein, das also der Länge nach aufgeteilte Brot der Verkäuferin der Vereinigten Pommerischen Meiereien in der Mogkstraße 46 auf den Ladentisch zu legen mit der freundlichen Frage, ob sie mir noch zumute, das schöne verschimmelte Brot zu essen.

Wer hat in solchem Falle zu entscheiden? Der Magistrat, das Kriegsernährungsamt oder die Polizei? Der Arzt oder der Jurist? Ich habe den Verlust der nicht zu erlegenden Brotkarte und der 81 Pf. für das ungenießbare Brot. Für eine Belehrung wäre ich sehr verbunden.

Lotteriespiel bei der Nahrungsmittelverteilung.

Die Verteilung von Nahrungsmitteln, wie Griech, Granen, Sago, Gröhe, Suppentafeln, wird von vielen Leuten mit gemischten Empfindungen begrüßt. Manche dieser Nahrungsmittel sind unbeliebt, weil ihnen keine besondere Schmackhaftigkeit nachgerühmt werden kann oder auch ihr Nährwert als gering gilt. Aber am Ende ist jeder froh, daß er überhaupt etwas kriegt und findet sich auch mit dem minder guten ab. Verdrücklich ist nur, daß es bei den Nahrungsmittelverteilungen so sehr vom Zufall abhängt, was einer erwächst. Wenn der Berliner Magistrat bekannt macht, daß er auf diesen Abschnitt 200 Gramm Granen oder Gröhe, auf jenen Abschnitt 800 Gramm Griech oder Sago verteilt, so bedeutet das Wörtchen „oder“ nicht etwa das Recht des Auswählens. Das ist auch in der Ordnung, denn sonst würde es bei der Verteilung einen ständigen Wettlauf geben, weil jeder sich das ihm noch am besten zuzugende Nahrungsmittel sichern möchte. Das „oder“ bedeutet, daß die mit der Verteilung betrauten Händler entweder das eine oder das andere haben, entweder Granen oder Gröhe, entweder Sago oder Griech. Da kann man nun vom Glück begünstigt sein und bei seinem Händler z. B. Griech vorfinden, den man vielleicht gerade liebt. Man kann aber auch Unglück haben und muß sich mit Sago abfinden lassen, der einem zuwider ist. Wer z. B. lange bei der Volksspeisung zu Tisch gegangen ist, der hat den Sago gründlich über, weil sie ihn dort in beinahe alles hineinmengen. Dennoch wird in Zeiten der Lebensmittelknappheit auch das in Gebrauch genommen, weil ja bekanntermaßen Hunger der beste Koch ist. Wenn aber von dem „oder“ auch noch ein beträchtlicher Preisunterschied abhängt, dann kann einer zur Sparfamkeit genötigten Hausfrau schließlich doch die Halle überlaufen. Bei dem Glücksspiel „Griech oder Sago“ muß man sich darauf gefaßt machen, entweder Griech zum Preise von 82 Pf. pro Pfund oder Sago zum Preise von 120 Pf. pro Pfund zu erhalten. Wird einer im Ernst bekaupten wollen, daß ein Pfund Sago fast viermal soviel wert sei wie ein Pfund Griech? Wer sich von seinem Händler mit Sago beglücken lassen muß, wird angefaßt der geringwertigkeit dieses Nahrungsmittels und der Höhe des Preises sich gerahmelt gekümmert haben dürfen. Warum werden nicht beide Nahrungsmittel auf alle Händler verteilt, so daß jeder ein Pfund von jedem der beiden Nahrungsmittel etwas erhalten könnte?

Mäckerwaren. Vom Montag, den 8. ab, werden bis auf weiteres auf Bo der Berliner Bezugskarte bezw. Nr. 200 der roten Charlottenburger Lebensmittelkarte je 1/2 Pfund Mäckerwaren abgegeben. Voranmeldung ist nicht erforderlich.

Die Liebesinsel im Tegeler See, die in Gefahr schwebt, in Kürze den ewig nagenden Wellen zum Opfer zu fallen, soll nach Möglichkeit erhalten werden. Das kleine Eiland, die kleinste der Inseln im Tegeler See, ist im Laufe der Jahre immer kleiner geworden; Sturm und Wellen entziehen ihr Jahr um Jahr erhebliche Bestandteile, so daß die Insel, deren Umfang noch vor einigen Jahrzehnten vier Morgen maß, zuletzt nur noch wenige Quadratmeter groß war. Bis vor dreißig Jahren waren die Ufer des Eilandes dicht mit Schilf bewachsen, jetzt ist davon auch nichts mehr zu sehen. Die Stadt Berlin, die Besitzerin der Insel, die sie zusammen mit Scharfenberg und Baumwerder von den Erben des bekannten Botanikers Dr. Hille erworben hat, beabsichtigt nun, die sog. Liebesinsel nach Möglichkeit vor dem Untergang zu retten. Ein Tegeler Tiefbauunternehmer ist gegenwärtig dabei, große Mengen Ausschachtungsboden bei der Insel anzufahren, womit die Insel und ihre flachen Ufer aufgeschüttet werden sollen. Es soll möglichst verschüttet werden, den alten Umfang wieder herzustellen. Die Ausschüttungen sollen durch Anpflanzungen gesiegt werden.

Sarrasani-Gespinnst im Zirkus Wusch. „Torpedo Los“, Massen-Manege-Schauspiel, betitelt sich das Werk eines ungenannten Verfassers, das zurzeit im Zirkus Wusch gespielt wird. Dem Inhalte nach ist das Manegeschaustück offenbar verfaßt von einem Ehrenmitglied des Wäldischen Verbandes oder der Vaterlandspartei. Wie sich doch die Zeiten ändern! In früheren Jahren war das Artistenvolk wohl die internationalste Gesellschaft, die man sich denken konnte. Und der Zirkus Stojch-Sarrasani war nicht der letzte, der zogriff, wenn es galt, eine zug- und lassenkräftige englische, französische oder amerikanische Spezialität zu engagieren. Und heute? Heute erscheint es lustentkräftiger, in sogenanntem Patriotismus zu machen. Dieses Kaliber ist denn auch das neue Manegeschaustück. Som ersten bis zum letzten Wille ist es getränkt mit der wildesten Englandbege; auch ein Beweis, was man dem Volke nach vier Jahren Krieg noch zu-

bieten wagen darf. Es ist wirklich an der Zeit, öffentlich Protest zu erheben gegen Nachwerke von der Art des „Torpedo Los“, die ein Attentat gegen den guten Geschmack bedeuten! Ganz zu schweigen von der unwarthen Zeichnung der Figuren. Wo beispielsweise hat der Verfasser in einer Fabrik eine Arbeiterkaste gesehen, deren beauftragte Vertreter sich so trodelhaft und clownmäßig bewegen, wie die von ihm dargestellten? Und ist es wirklich in Deutschland Mode, daß ein Matrose, der den Auftrag bekommt, zu Ehren des inspizierenden Admirals einen Rosenstrauß zu besorgen, mit einem — Kaktus angewandert kommt, und den feierlichst überreicht? Der einzige Lichtblick in dieser Wälderei waren die Darbietungen von Seilkäufern und Akrobaten am schwingenden Mast. Wir, und mit uns manche andere hatten von dem Nummel, der sich in der Manege abspielte, bald genug. Eigenartige Lobeshymnen aber waren es, die wir beim Verlassen des Zirkus mit anhören konnten.

Im Admiralsbunker findet Freitag die erste Vorführung von „Rotterdam-Amsterdam“ mit B. Karfen statt.

Verbrechen oder Selbstmord? In ihrer Wohnung, Dresden Str. 190, wurde gestern Mittag die 80jährige Witwe R o h m e h l mit durchschnittenen Pulsadern und einem Strick um den Hals tot aufgefunden. Da der Arzt die Todesursache nicht zweifelsfrei feststellen konnte, wurde die Polizei benachrichtigt.

Das nette Mädchen aus der Weinstube. Einen eigenartigen Kniff wande eine junge Lebensmittelschwinderin an, die seit längerer Zeit gutgefesselte Leute in Berlin und Korcorin, Dabem, Groß-Bichtersee, Charlottenburg, Reinickendorf usw. heimuchte. Ein unscheinbares Mädchen, das einen ganz harmlosen Eindruck machte, küngele an der Wohnung von Familien, die es sich sorgfältig ausgesucht hatte, mit einem Paket in der Hand. Wenn die Hausfrau öffnete, tat sie etwas erschrocken und sagte: Ach Gott, Sie sind doch wohl nicht Frau Soudho, ich habe mich wohl geirrt, ich sollte etwas abliefern. Fragte die Hausfrau, um was es sich denn handele, so tat das Mädchen etwas geheimnisvoll, ließ aber durchblicken, daß seine Eltern eine Weinstube hätten und daß aus dieser der Inhalt des Pakets stamme. Die Frauen vermuteten dann gleich gute Nahrungsmittel und zeigten sich nicht abgeneigt, den vermeintlichen Irrtum sich selbst angute kommen zu lassen und das Paket zu erwerben. Darauf ließ sich aber das nette Mädchen nicht ein. Es erklärte, daß es das Paket durchaus an Frau Soudho abliefern müsse, daß es aber wohl aus der elterlichen Wirtschaft gleichartige Sachen noch beschaffen könne. So wurde man bald einig. Das Mädchen erhielt zum Kauf liberal Geld mit 80 bis 90, einmal sogar über 800 R. Dann ließ es nichts mehr von sich hören. Bei anderen Familien spielte es auch die Rolle einer Wiedermehrschwinderin. Als die Schwinderin gestern in der Neuen Eddenhauer Straße auftrat, sah eine betrogene Frau sie und stellte sie zur Rede. Bei der Annäherung an einen Schutzmann ergreift sie die Flucht. Ein Kriminalbeamter aber, der den Vorgang beobachtet hatte, verfolgte sie und nahm sie an der Ecke der Weinmeisterstraße fest. Die Verhaftete, die nach Moabit gebracht wurde, ist eine 18 Jahre alte Martha R i t t m e i s t e r, die von diesen Schwinderleuten lebte.

Ein großer Schandwirtschaftsbruch wird am Ali-Roabit gemeldet. Auf dem Grundstück 109 betreiben die Eheleute Reinhardt ihre Wirtschaft, während sie in einem anderen Hause wohnen. Für den Tagesaufenthalt haben sie hinter den Schankräumen noch einen Wohnraum. Des Nachts sieben alle diese Räume ohne Aufsicht. Das müssen Eindrehler ausgenutzt haben. Sie drangen von der Straße her unbemerkt ein, taten sich an Wein und anderen Getränken erst gütlich und nahen dann, was sie nur mitnehmen konnten, aus dem Wohnraum auch Leib- und Bettwäsche, Herren- und Damenkleider, Schuhzeug, mehrere goldene Uhren und andere Wert- und Schmuckgegenstände im ganzen für 10 000 R. Die gestohlene Wäsche, die sie ohne Zweifel ebenso wie andere Sachen zu Geld zu machen versuchen werden, sind E. S. gezeichnet.

Charlottenburg. Zufahrtskarten für Schwerarbeiter. Die bis heute nachmittag 4 Uhr von der zuständigen Charlottenburger Brotkommission nicht abgeholt Zufahrtskarten müssen am nächsten Mittwoch und Donnerstag jeder Woche von 10 bis 4 Uhr abgeholt werden.

— **Wie schützen wir unsere Kinder vor der Ruhr?** Ueber dieses Thema wird im Festsaal des Rathauses am Donnerstag, den 11., Stabsarzt Dr. Gind, Mitglied des Kgl. Instituts für Infektionskrankheiten, einen Vortrag halten.

Spandan. Leigwaren. In einer größeren Anzahl von Geschäften sind noch Leigwaren gegen Abrechnung von Feld 107 der Lebensmittelkarte und gegen Abrechnung von Feld 10 der Lebensmittelkarte für Jugendliche zu haben. Die bezeichneten Felder verlieren mit Ablauf des heutigen Tages ihre Gültigkeit.

— **Zur Veränderung der Wohnungsnote.** Der Magistrat hat Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot beschlossen. Aus Anleihe-mitteln sollen 200 000 R. bewilligt werden zur Beschaffung von Baustoffen, insbesondere von Holzleistungen und Einrichtungsgegenständen für den Bau von Wohnungen in mehrgeschossigen Bauten. Ferner sollen an der Gadower Straße südlich des Friedhofes 106 Wohnungen in 22 Holzbaracken mit einem Kostenaufwande von 1 892 000 R. ausgeführt werden. Dervon entfallen 107 000 R. auf die Herstellung der Zugangstrahlen und der Leitungen. Auch diese Kosten sollen durch eine Anleihe aufgebracht werden. Bei dem Staatskommissar für das Wohnungswesen soll ein Zuschuß zu diesen durch den Krieg erheblich gesteigerten Kosten beantragt werden. — Der Spandauer Magistrat ist ferner der Gesellschaft Hausrat m. B. G. mit einem Beitrag von 17 000 R. beigetreten.

Reuthe. Die Schulzahl sinkt konnte am 11. Mai auf ein vier-jähriges Geschlecht zurückzuführen. Wenn auch die Zahl der behandelten Kinder gegen das Vorjahr etwas gesunken ist, so hat die Klinik doch auch im vierten Berichtsjahre (1. April 1917 bis 31. März 1918) eine rege Tätigkeit entfaltet. Sie wurde in dieser Zeit von insgesamt 8893 Kindern (8519 Mädchen, 2374 Knaben) in Anspruch genommen, bei denen 7992 Behandlungen vorgenommen wurden. Außer 5337 Gemeindeschulkindern besuchten 463 Kinder der Mittelschulen und 75 vorkurspflichtige Kinder die Klinik. Die Neuaufnahmen betragen 1223; die Zahl der Abmenden 990, wovon 15 Kinder als Freiabmenden aufgenommen wurden.

Pankow. Hälftenfrüchte gelangen jetzt in den durch Anschlag kenntlich gemachten Geschäften als Ersatz für fehlende Kartoffeln der vergangenen Woche zum Verkauf. Auf die Abchnitte 118 d und o der Kartoffelkarte entfallen zusammen 225 Gramm Hälftenfrüchte zum Preise von 0,88 R.

Nowawes. Verteilung von Zucker als Sonderzulage. Auf den Abschnitt 7 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte erfolgt die Verteilung von weiteren 875 Gramm Zucker als teilweiser Ersatz für die herabgesetzte Tagesration an Mehl. Die Karteninhaber haben am 3. und 4. den Abschnitt 7 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte unter gleichzeitiger Vorlage der Zuckerkarte bei dem Kleinhändler abzugeben, in dessen Kundenverzeichnis sie eingetragen sind. Verspätete Anmeldungen werden nicht berücksichtigt. Die Ausgabe des Zuckers erfolgt gegen Rückgabe der vom Kleinhändler angelegten Bescheinigung vom 3. bis 13. d. M.

Aus aller Welt.

Die Grippe.

Thorn, 2. Juli. Auch in Thorn sind jetzt zahlreiche Fälle von spanischer Grippe von den Ärzten festgestellt worden. Die Krank-

Welt, deren Erscheinungen dieselben sind wie bei der in den Jahren 1899 und 1890 in ganz Deutschland aufgetretenen Influenza tritt nur in ganz leichter Form auf, sodass zu irgendwelchen Beforgnissen keinerlei Anlass besteht.

Kopenhagen, 8. Juli. „Berlingske Tidende“ meldet aus Kristiania: Der Stadtphysikus meldet, daß die sogenannte spanische Krankheit nun auch nach Kristiania gekommen ist, wo bisher gegen 20 Personen daran erkrankt sind, zum Teil Krankengestellte.

Explosion in einer englischen Munitionsfabrik. London, 2. Juli. (Antich.) Eine ernste Explosion ereignete sich in der Nacht vom 1. Juli in der Granatenfabrik in den Midlands. Zwischen 60 und 70 Personen wurden getötet. Die Arbeit wird in einigen Tagen wieder aufgenommen werden.

Ein Nationalfeiertag Spaniens soll hinfert laut Unklichem Dekret der 12. Oktober, der Jahrestag der Entdeckung Amerikas, sein.

Eisenbahnbau im Inneren Afrikas. Brüssel, 2. Juli. Die 1800 angelegene Eisenbahn von der rhodischen Nordgrenze und dem Südpol des Kongos bei Salonia durch das Katanga Gebiet ist nach eingetragenen Meldungen vor kurzem bis zum Endpunkt Kuzulama am Selabatonfluß fertiggestellt. Sie schließt das erste Katangagebiet auf. Die Bahn umfaßt 725 Kilometer Länge des belgischen Kongos und die Zweiglinien zwischen den reichen Erzlagerstätten des Katangagebietes. Hierdurch ist eine direkte Verbindung von Kapstadt mit dem Kongosfluß und den Stromschnellen umgebenen Eisenbahnlinien bis zum belgischen Kongosafen Soma am Atlantischen Ozean hergestellt. Die direkte Verbindung von Produkten des südlichen Kongos, besonders von Katangaerz, ist, wenn auch noch schwierig und kostspielig, gesichert.

Jugendveranstaltungen. Weußku. Morgen Freitag, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Berliner Straße 66, zweiter Vortrag des Genossen Hellmann.

Eingegangene Druckschriften. Führer durch das deutsche Wohnungsgesetz und das Bürgerliche Gesetzbuch vom 1. April 1918, bearbeitet von Paul Ulrich, Preis: 75 Pf., Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 8.

Die zehn Gebote des Krimens von H. M. Refer-Salario, Selbstverlag des Verfassers, Bad Homburg a. d. Höhe, Brunnstraße 29 I. Führer der Zivilverwaltung, Band 9, Ratschlagsverfugung von W. Adam, 1,60 M., Verlag: Kameradschaft B. G. m. B. G., Berlin W 85, Postfach 8.

Die Entwertung des Geldes von Dr. Rudolf Dalberg, Putschammer u. Wälschbret, Berlin, Französischestr. 10. Stellung der Arbeiterfrage, Lungenentzündung und Licht von Kuno Stommel, 3 M., Gesellschaft für Buchdruckerei und Verlag Düsseldorf m. B. G., Düsseldorf.

Briefkasten der Redaktion.

Die amtliche Sprechstunde findet für Abonnenten Kundent. 3, 1. Politz, parkierte, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmenden Antrage ist ein Vorkauf und eine Post als Versicherung beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenqualifikation beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

N. S. 52. Für die ganze Zeit können Sie Lohn nicht mehr geltend machen, nur für die letzten zwei Jahre; das andere ist verjährt. — H. R. 10. — Adell 103. Durch ein Verbot an das Generalkommando könnten Sie vielleicht diese Vergünstigung erwirken. — W. S. 14. Nein. — S. 11. Fragen Sie bei der Landwirtschaftskammer nach, und ist das nicht bekannt. — P. 2. 39. Eine solche Unternehmung jetzt zu beantragen, liegt vielleicht gar nicht in Ihrem Interesse. Warten Sie damit doch, bis die Frage an Sie herantritt. — St. 107. In der Verfügung ist nur die Hebe von Verbräufen. Beziehen Sie es mit einem Antrage; wird er abgelehnt, so werden Sie dagegen nichts machen können. — G. S. 40. Ja. — R. 2. Sie können Anspruch auf Rente immer noch geltend machen, eventuell auch bei Ihrer Entlassung. — T. M. 86. Ja. — War 2. 36. 1. Wenden Sie sich an das Mietsektionsamt, das die Kündigung höher für unzulässig erklären wird. 2. Die Kündigung ist rechtmäßig. — C. S. 22. Die Unterstufung wird in dem Maße gesahlt werden, wie Sie sich nach dem Gehalt der absoluten Anspruch darauf haben Sie nicht. — W. C. M. 999. Ihre Frage ist unverständlich. — G. C. 100. Sie müssen für den Arbeitswechsel die Zustimmung der Willkührbehörde haben. — V. R. 5. Besteren Anspruch haben Sie nicht. — W. S. 8. 1. Die Reklamation ist an den Vorstehenden der Veranlagungskommission zu richten. 2. Das Ungelernte wird den Pflanzen natürlich schädlich sein; wie es zu vertreiben ist, wissen wir nicht, fragen Sie einen Landvolkswirtschaftler oder Gärtner danach. — H. W. 1918. Wenden Sie sich an die Rudendorfer-Spende, Bismarckstr. 9. — Adresse. An das Generalkommando. — Mainz 1910/11. Nein. — Kaffe W. Sie sind verjährungslos. Sind Sie dessen doch zuwider. — 9398 H. 26. Nach der damals getroffenen Vereinbarung könnte eine Steigerung nicht stattfinden; Ihre Frau möchte sich aber an das Mietsektionsamt wenden. — Kolaja 20. Eine bestimmte Norm gibt es nicht, das richtet sich nach den persönlichen Verhältnissen. — G. S. 100. 1. Wenn der Betreffende mittellos ist, muß er sich ein Armenlohn befragen und

dann Antrag auf Stellung eines Anwalts beim Landgericht stellen. 2. Ja. — G. S. 17. Das ist kein Ehehindernis. — Grünau. Der Wert hat das Recht der Kündigung, wenn Sie sich oder an das Mietsektionsamt. — Alter Landrecht. 1. Ja. 2. Nein. 3. Nein. 4. Der Soldat hat überhaupt keinen Anspruch darauf. — H. S. 18. Arbeitslosenrente deutscher Frauen, Witwenrenten der Frau Kronprinzessin, Weidmann, Neuer Garten. — Weisepah. Wenden Sie sich an das Unterr.-ung. Generalkonulat, Reichstr. 10. — H. S. 23. Die gemündete Adresse ist: Karl Nikolaus, Bochum, Höp. — C. S. 22. Solche Institute finden Sie im Berliner Adressbuch Teil IV, S. 224/25. — H. S. 9. In Betracht kommen: Volkseigenenvereine, Demei Kubert, N 58, Stubbenlammerstr. 10, oder: Verein der Präsidenten für Feuerbestattung, Hermann Müller, NW 23, Gurbauer Str. 13. — Weidmann 203. Nach der letzten Volkszählung von 1910 wählte Berlin 2 071 257, Hamburg 931 026 Einwohner. — R. S. 17. Der Nationale Frauenbund befindet sich Berlin W 45, Genslerstr. 13. — H. S. 100. Konventionen sind beschlaghaft und müssen an die nächste Sammelstelle abgeteilt werden. — Frieda 31. Das können wir nicht feststellen, wenn wir den Zusammenhang der Worte nicht kennen. — H. S. 66. Auf Ihre Fragen erlauben Sie die beste sachmännliche Auskunft beim Zentralverband der Handlungsgeschäfte, O 25, Königstr. 20. — Wina 174 und Sozialdemokrat im Felde. Ihre Beschwerden haben wir dem Reichstagsabg. Daniel Stücken, Berlin, Reichstag, überwiehen. — G. S. 15. Eine solche Reichsliste ist und nicht bekannt. Vielleicht kann Ihnen die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg, NW 40, Kronprinzengasse 5, Auskunft erteilen. — H. W. 100. Sie können Ihren veranlagten Gehalt nicht nachweisen. Wenden Sie sich an die Kgl. Hochschule für Textil, Charlottenburg, Julemstr. 1. — S. S. 14. 1. Reichsriegensamt, Berlin W 80, Weidbergstr. 2. 2. Die Deutsches ist gar nicht gänzlich geschlossen.

Wasserstandsberichte der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand am, 1., 2., Wasserstand am, 1., 2. Rows include: Weimel, Pregel, Oder, Warthe, Neise, Elbe, Magdeburg, Saale, Gabel, Spree, Weser, Rhein, Mosel.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittig. Wähig warm, zeitweise heiter, jedoch vorherrschend wolkig, mit öfter wiederholten Regenschauern, streichweise Gewitter.

Deutsches Theater. Mit Max Pallenberg. Donnerstag 8: Biblikoff. Freitag bis Sonntag 8 Uhr: Familie Schmeck. Kammerspiele. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Inkognito. (Operette). Volksbühne, Th. a. B. 10. Allabendlich 7 1/2 Uhr: General York.

Theater für Donnerstag, 4. Juli. Central-Theater 7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin. Deutsches Opernhaus 7 Uhr: Die schöne Helena. Friedrich-Wilhelmst. Theater 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus. Kleines Theater 8 Uhr: Ariadn und seine Fehler mit Bassermann. Komische Oper 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel. Metropoli-Theater 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Lustspielhaus 7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels v. Lindenhof. Neues Operettenhaus 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie. Residenz-Theater 7 1/2 Uhr: Flimmer-Klärchen. Schiller-Th. Charl. 7 1/2 Uhr: Alt-Heideberg. Thalia-Theater 7 1/2 Uhr: Unter der blühenden Linde. Theater am Nollendorfplatz 8 1/2 Uhr: Schuldig. 7 1/2 Uhr: Schiolla Otschfol.

Die wichtigste Ernährungsfrage. Die Gründung einer Deutschen Großfischerei Kommandit-Gesellschaft auf Aktien. Altona am 7. Juli 1918, ca. 10 Uhr morgens, im Hotel Kaiserhof, Eing. Kaiserstraße. Statuten, Rentabilitätsberechnungen und sonstige Auskünfte auf Anfordern vom Gründungskomitee.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsausschuss Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher Willi Reimann Charlottenburg, Umanstr. 7, am 30. Juni gestorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Bonifatius-Kirchhofes in Pflanzensee aus statt.

Theater des Westens. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Leopoldine Konstantin in Die Tänzerin. Theater Königgrätzerstr. 8 Uhr: Die fünf Frankfurter. Komödienhaus 8 Uhr: Die Schwestern und der Fremde. Berliner Theater 7 1/2 Uhr: Blaublaues Blut. National-Theater 8 1/2 Mäuschen. Trianon-Theater Bbl. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2301 S. U. Zum 307. Male: Der Lebensschüler. Kaiser-Titz, Bildt, Flink. Sonnab. nachm. 7 1/2 U. Kl. Pr.: Schneewittchen. Sonntag 4 Uhr: Gespenster. Th. i. d. Frankfurter Allee 313. Der Riesenerfolg des Thalia-Theaters über 500 Male! Pappchen. (Du bist mein Augenspieler...)

DER „HIAS“ Täglich 7 1/2 Uhr abends Walhalla-Theater Weinbergsweg. Juni Berlin für das Druffchtum im Auslande Juli Livland-Estland-Ausstellung. Kgl. Akademie der Künste Pariser Platz 4. Gedffnet 10-7. Eintritt 1 M., Sonntag bis 2 Uhr u. Montag 2 M.

Buchhandlung Vorwärts. Berlin S. B. 64, Cludenstraße 1. Verbrecher-geschichten. Aus dem Inhalt: Michael Kohlhaas. Der Verbrecher aus verlorener Ehre. Mit Einleitung von Franz Diederich: Können Verbrecher-geschichten nützlich sein? Preis des gebundenen Bandes 2,- Mark. Porto 20 Pfennig. In den Verkaufsstellen des „Vorwärts“ erhältlich.

Zentral-Kranken-Unterstützungsverein der Schmiede und verwandten Gewerbe Deutschlands. Zahlstelle III (Storbekasse). Am 1. Juli 1918 verstarb unser Mitglied, Franz Berta Rosenthal. Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt. 137/10. Die Erbsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirksoberrat, Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Holzschlifer Wilhelm Günther von der Firma Berliner Speidte-verein, am 1. Juli im Alter von 62 Jahren verstorben ist. 62/10. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Christuskirchhofes in Mariendorf, Gaussestr. 200, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bauamtschläger Wilhelm Karpe Prof. Laur Str. 25 am 28. Juni gestorben ist. Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 4. Juli, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Reichstraße statt. Keine Beteiligung wird erwartet. Nachrufe. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metzger Artur Müller Dunderstr. 50 am 27. Juni gestorben ist.

Spezialarzt Dr. med. Reinhardt, Potsdamerstr. 117. Syphilis, Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen, Modernes, erfolgreiches Heilverfahren. Teils Erblich seit 1871, Teils 0,6029, nach anherbehalten verschlossen 1 M.

Danksagung. Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes Reinhold sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank. Familie Heinrich Gesse.

Wilhelm Melbner von der Firma Kunst, Radegeßstr. 47, im Alter von 50 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Freiwilligen Gemeinde „Friedrichshof“, Sappellallee, aus statt. Obere ihrem Andenken: Ihn rege Beteiligung erlucht. Die Bezirksverwaltung.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser Paul Stiepert Spreestr. 3 gestorben ist. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Uhrmacher Robert Kromer Reußstr. 20 am 27. Juni gestorben ist. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugmacher Erich Wothe Kaffaniallee am 22. Juni gestorben ist.

SARRASANI Täglich 7 1/2 Uhr, Sonntag 3 und 7 1/2 Uhr: Massen-Manager-Schaustück. Torpedo-los! Tarnschleier, Bambusküster, Luftmenschen, Latzenreiter. Vorverkauf: Zirkuskasse und A. Wertheim.

Reichshallen-Theater. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Stettiner Sänger. Reichshallen-Saal 7 1/2 Uhr: Großes Blüthen-Konzert. Spezialarzt Dr. med. Laubs. Ich schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Verunst. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Unregelmäßigkeiten, Harn- und Blutuntersuchung. Königstr. 34/36. Bahnhof Alexanderplatz. Er. 10-11 u. 5-8, Sonnt. 10-11

Admiralspalast. Die Prinzessin von Tragan! Sajdah Deutsche Tänze 7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M. Spezialarzt Dr. med. Nasché. direkt am Stadtbahn. Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, etc. von Höhe. Schmerzlose, längere Behandl. ohne Verunst. Blutuntersuchung. Röh. Breite Teilzahlung. Sprechstunden 11 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1

Enthaarung! Gesichtshaar u. alle häßl. Körperhaare vernichtet sof. schmerzlos u. radikal. Depilator durch Absterben d. Wurzeln. Am häufiglich und für immer. Gar. unschädlich. M. 3.-, verest. 4.- und 6.- M. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4. H. Pfau, Bandagist Berlin Dircksenstr. 20. C. G. Böhne, Alexanderplatz u. Postplatz. — Ami Kat. 3208 Für Damen Frauen-Behandlung. Meister für alle Kranke.

Spezialarzt Dr. med. Koeber für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Bein-kranke. Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstörung in Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw. Friedrichstr. 81, gegenüb. Königstr. 58/57, Rathaus. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-11. Honorar mäßig, a. Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Am 30. Juni verstarb nach schwerem Leiden unser lieber, langjähriger Kollege, der Seher Hermann Göbel im 53. Lebensjahre. Sein Andenken halten in Ehren. Die Verhandlungskollegen der Firma Julius Sittenfeld. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. Juli, nachmittags 5 Uhr, aus dem neuen Luisen-Kirchhof, in Charlottenburg, Neuer Hülbenbrunnener Weg, statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metallarbeiter Gustav Pieletzki Strayburger Str. 29 am 28. Mai gestorben ist. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, die Metallarbeiterin Anna Breczka Weußku, Hammerstr. 10 am 24. Juni gestorben ist. Obere ihrem Andenken: Die Ortsverwaltung.

europäischen Gefangenenlager befindlichen Kolonialdeutschen sei darauf, daß ihre bestmögliche Ueberführung nach Europa unbedingt gesichert ist, wenn anders sie nicht schwerster Lebensgefahr ausgesetzt werden sollen. Insbesondere gelte das von den in Deutsch-Ostafrika zurückgebliebenen Kriegs- und Zivilgefangenen, unter denen sich zahlreiche Frauen und Kinder befinden. Die Erklärung erwartet, daß die deutsch-englische Gefangenenkonferenz Mittel finde, die baldige Rückkehr in europäisches Klima zu ermöglichen.

Die amerikanische Karte.

„Le Populaire“ äußert sich Pressemann in einem hart zensurierten Artikel über die Frage nach den Effektivbeständen und der sogenannten amerikanischen Karte. Die Alliierten haben gleichviel Truppen auf der Westfront wie die Mittelmächte. Dies könnte uns über das Schicksal von Paris beruhigen, wenn einzig die Tapferkeit der Soldaten der ausschlaggebende Faktor wäre, aber es spielen andere Faktoren mit, die für uns sehr ungünstig sind, über die wir und jedoch nicht aussprechen dürfen. Immerhin sind unsere Armeen hart genug, den Stoß abzuwehren. Die Frage nach Wiederauffüllung unserer Lücken bleibt indessen bestehen, man muß es uns erklären, unsere Divisstruppen, unsere Zurückgebliebenen neuerdings nachzumustern. Frankreich hat genug gebietet, wir müssen jetzt die amerikanische Karte ausspielen, wir werden gewinnen oder verlieren, je nachdem wir sie zu gebrauchen wissen, gehen wir vorsichtig damit um, denn die Entente könnte militärisch geschlagen werden, bevor die verprochenen Zuschüsse sich voll verwirklicht hat. Dann wären alle unsere Trümpe nutzlos gewesen. Deshalb muß die amerikanische Karte zunächst auf diplomatischem Gebiet gespielt werden, so kann man vielleicht Menschenleben retten.

Die Erkundungsangriffe im Westen.

Berlin, 3. Juli. (W. Z. B.) Die wiederholten Angriffe nördlich Albert haben den Engländern hohe Verluste gekostet. Das Vorfeld liegt voll englischer Leuten. Auch sonst bezahlten Engländer, Amerikaner und Franzosen ihre Versuche, durch Patrouillenunternehmen und Teilangriffe die deutschen Linien zu erkunden, mit erheblichen Opfern. Im Raum melgebiet zwischen Nieppwald und La Bassée-Kanal bühnten die Engländer bei mehrgliederten Patrouillenunternehmen mehrfach zahlreiche Gefangene ein. Eine französische Großpatrouille, die östlich Melms nach harter Artillerievorbereitung vorzustoßen versuchte, kam im deutschen Sperrfeuer nicht über das eigene Dübrensd hinaus. Den Amerikanern wurden nördlich Lavigen zwei Maschinengewehre abgenommen. Schwere deutsche Plakfeuer beschossen französische Industrieanlagen bei Sompey, Dienlouard und Lombelle mit beobachteter guter Wirkung. Unsere Bombengeschwader waren in den Nächten vom 23./24. und 29./30. Juni mit großem Erfolge tätig.

100.000 Kilogramm Bomben

wurden auf Truppenunterkünfte, Munitionslager, Bahnanlagen und Flugplätze geworfen. Zahlreiche Brände in den Zielen wurden beobachtet. Eigene Infanterie und Schlachtflieger griffen aus niedrigen Höhen in den Kampf ein und überschütteten feindliche Infanterie- und Batteriestellungen mit Maschinengewehrfeuer und Bomben. Der oft bewährte Angriffstyp unserer Jagdstreitkräfte führte den Gegnern besonders schwere Verluste zu. In den letzten drei Tagen des Juni wurden 37 feindliche Flugzeuge im Luftkampf und 8 durch Flugabwehrkanonen abgeschossen. Unsere eigenen Verluste betragen demgegenüber nur 14 abgeschossene Flugzeuge und Ballone; 5 Flugzeuge werden vermisst.

Wien, 3. Juli. Die „Wiener Mittagszeitung“ meldet aus Rotterdam: Die „Morningpost“ schreibt, daß Angelegenheiten dafür vorliegen, den Beginn einer erneuten und ungeheurer heftigen Niesen-schlacht im Westen zu erwarten. Die Armeemissionen der Alliierten hätten sich demgemäß an die Front begeben.

„Ein Verständigungsfriede ist heute schon möglich.“

Die österreichische Sozialdemokratie an die sozialistischen Parteien der Ententeländer.

Die Einladung an Troelstra, an der Londoner Zusammenkunft mit Vertretern der sozialistischen Parteien der Ententestaaten und neutralen Länder teilzunehmen, gab bekanntlich Anlaß zu einer Besprechung Troelstras mit Vertretern der reichsdeutschen und der deutschen sozialdemokratischen Partei Österreichs. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht jetzt eine Erklärung, die von den österreichischen Abgeordneten Ellenbogen und Sehn nach eingehender Besprechung mit Troelstra aufgesetzt wurde. Sie formuliert die Stellung unserer österreichischen Bruderpartei zur Friedensfrage und wurde Troelstra zur Weiterleitung an die sozialistischen Parteien der Ententeländer übergeben.

Die Erklärung ist eigentlich die Verantwortung eines Memorandums, in dem eine im Februar 1918 in London tagende Konferenz der sozialistischen Parteien der Ententeländer über ihre Auffassung der Ziele niedergelegt hat, die die Friedendation der Internationale anzustreben habe. Dies Memorandum sollte den sozialistischen Parteien Deutschlands, Österreich-Ungarns und Bulgariens überhandt werden mit der Bitte, es zu beantworten. Es kam aber in Wien nicht an und wurde erst kürzlich durch eine Veröffentlichung in den „Holländischen Nachrichten“ des „Anti-Dorlog-Kaab“ bekannt. Der österreichische Parteivorstand hat nun den Besuch seiner Vertreter bei Troelstra benützt, die erbetene Antwort zu geben. Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 29. Juni druckt die Antwort ab und sagt vorweg:

Das Memorandum der Ententesozialisten enthält viele Forderungen, die wir für vollkommen berechtigt halten. Aber viele Sozialisten in England, Frankreich und Amerika sind der Ansicht, die Arbeiterklasse müsse solange der Fortsetzung des Krieges zustimmen, bis alle diese von ihr als berechtigt anerkannten Forderungen durchgesetzt werden können. Wegen dieser Ansicht haben unsere Delegierten im Haag, der ganzen Haltung unserer Partei entsprechend, die Auffassung vertreten, der Krieg dürfe um keiner nationalen oder territorialen Forderungen willen verlängert werden, auch nicht um solcher Forderungen willen, die an sich vollständig berechtigt sind.

In dem Schriftstück selbst wird ausgeführt:

1. Ein Verständigungsfriede ist heute schon möglich. Soll dagegen der Friede erst durch den Sieg einer der beiden Kriegsparteien erreicht werden, so müßte der Krieg noch jahrelang fortgesetzt werden, die furchtbaren Opfer, die dem Proletariat aller Länder auferlegt sind, würden ungeheuer vergrößert.
2. Ein Verständigungsfriede würde Revanchegedächte bei der besiegten Partei zurücklassen und dadurch zur Ursache neuer Kriege werden. Ein Verständigungsfriede wird die Annäherung der Völker erleichtern und darum die Würde der Dauer in sich tragen.

Kämpfe nördlich der Aisne — Englische Vorstöße bei Meris und südlich von Arras — Italienischer Großangriff im Piavemündungsgebiet — Vergeblicher Uebergangsversuch bei Zenon.

Berlin, 3. Juli 1918, abends. Amtlich.

Östliche Teilkämpfe nördlich der Aisne.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 3. Juli 1918. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Österreichische Kronprinz Rupprecht.

Erfolgreiche Erkundungsgefechte. Stärkere Vorstöße der Engländer bei Meris und Moenneville (Südlich von Arras) scheiterten. In östlichen Kämpfen nordwestlich von Albert machten wir Gefangene.

Österreichische Kronprinz.

Nördlich der Aisne haben sich heute früh östliche Kämpfe entwickelt.

Zwischen Nivens und Werno hielt rege Tätigkeit des Feindes an. Teilangriffe bei St. Pierre-Aigle und westlich von Chateau-Thierry wurden abgewiesen.

Aus einem amerikanischen Geschwader von 9 Einheiten wurden 4 Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Udet erlang hierbei seinen 39., Leutnant Loewenhardt seinen 33. und 34. Aufstieg. Leutnant Friedrich und Bizfeldwedel Thom schossen ihren 20. Gegner ab.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 3. Juli 1918. Amtlich wird verkündet: Gestern am frühen Morgen setzte an der ganzen Front von Segusana abwärts heftiges italienisches Geschützfeuer ein, das sich südlich von Sandona in mehreren Abschnitten bis zum Trommelfeuer steigerte. Einige Stunden später ging

im Piavemündungsgebiet

die feindliche Infanterie zum Angriff über. In erbitterten, den ganzen Tag über währenden Kämpfen, vermochte der Gegner, abgesehen von kleinem Raumgewinn bei Chiesanuvola, nirgends einen Erfolg zu erringen. Auch sein Versuch am Südsügel, bei Reseboli, unter dem Schutze feindlicher Geschützkräfte Infanterie ans Land zu werfen, scheiterte in unserem Feuer.

Ein italienischer Uebergangsversuch bei Zenon wurde vereitelt.

An der venetianischen Gebirgsfront

war die Kampftätigkeit gleichfalls außerordentlich rege. Westlich des Asolone wurde ein starker Angriff durch das bewährte niederösterreichische Infanterie-Regiment Nr. 40 im Gegenstoß aufgefangen. Auch nördlich des Col del Rosso und bei Klags wiesen wir italienische Infanterie-Vorstöße ab.

An der Tiroler Westfront mäßiger Artilleriekampf. Wie nachträglich festgestellt wurde, war es Oberleutnant Barwig, der mit Jagdflieger Rauer als Pilot den vielgenannten italienischen Jagdflieger, Major Barcca, am 9. 6. abgeschossen hat.

Der Chef des Generalstabes.

Wien, 2. Juli. Amtlich wird verkündet:

In den Morgenstunden des 2. Juli stieß eine kleine Abteilung unserer Torpedoeinheiten in der Korradria auf hart abgesetzene feindliche Torpedobootsflottille. Es entwickelte sich ein lebhaftes Feuergefecht auf kurze Distanz, wobei es unseren Einheiten gelang, einen großen feindlichen Zerstörer in Brand zu setzen und einen zweiten schwer zu beschädigen. Der Feind brach das Gefecht ab und zog sich mit überlegener Geschwindigkeit gegen seine Basis zurück. Unsere Einheiten erlitten nur ganz belanglose Schäden und außer einigen Leichtverletzten keine Verluste.

Flottenkommand.

„8. Ein Siegfriede würde die Autorität des Militarismus und des Imperialismus in der steigenden Ländergruppe befestigen und dadurch die Demokratisierung dieser Länder erschweren. Ein Verständigungsfriede dagegen, der keiner der beiden Parteien einen wesentlichen Machtzuwachs brächte, würde alle Völker überzeugen, daß der Krieg, den die kapitalistischen Regierungen betraufschworen haben, den Völkern nur unendliche Opfer, aber keinen Gewinn gebracht hat; er würde daher die demokratischen, pazifistischen und sozialistischen Tendenzen in allen Ländern gewaltig stärken.“

In einzelnen wird gesagt:

Wir fordern die Umgestaltung Österreich-Ungarns in eine Föderation autonomer Nationen sowie die Schaffung eines Bundes der freien Balkanvölker. Wir lehnen jede Annexion der von Rußland losgerissenen Randvölker durch die Mittelmächte ab. Wir haben den Frieden von Brest-Litowsk und den von Bukarest parlamentarisch und in der Presse bekämpft und wir werden bei der parlamentarischen Beschlußfassung über diese Friedensverträge jede Bestimmung ablehnen, die eine Annexion oder Vergewaltigung bedeutet.

Wir fordern die Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens. Was die Frage anlangt, wer die Kosten dieser Entschädigung zu tragen hat, so halten wir diese Frage nicht für entscheidend. Angesichts der ungeheuren Opfer des Krieges — Opfer nicht nur an Geld und Gut, sondern vor allem an Menschenleben — lehnen wir jede Verlängerung des Krieges um irgend welcher finanzieller Streitfragen willen ab und glauben, daß über den Anteil der einzelnen Staaten an den Kosten des Wiederaufbaues der verwüsteten Länder ein Kompromiß geschlossen werden muß.

Was die Fragen Eltsch-Bohringens, Italiens, Polens, der Türkei und der tropischen Kolonien anlangt, so sind wir der Ansicht, daß ein vollkommener demokratischer Friede, ein Friede, der den Grundfragen der internationalen Sozialdemokratie entspreche, auch diese Fragen im Geiste des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entscheiden müßte. Aber wir geben und keiner Lösung darüber hin, daß diese Forderung unter den gegenwärtigen Nachverhältnissen nicht durchgesetzt werden kann. Da wir aus den oben angeführten Gründen den Krieg nicht fortsetzen wollen, bis die vollständige Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker möglich wird, da wir vielmehr Kon-

zeht einen Verständigungsfriede anstreben, halten wir dafür, daß die internationale Sozialdemokratie einen Verständigungsfriede auch dann anstreben und annehmen muß, wenn er diese Forderung nicht vollständig verwirklicht. Eine Auffassung, die dahin geht, daß wir den Krieg so lange fortsetzen sollen, bis die volle Erfüllung dieser Forderungen durchgesetzt werden kann, lehnen wir mit der größten Entschiedenheit ab; wir wollen nicht, daß unsere Forderungen zu Hindernissen eines baldigen Friedens, zu Gründen der Verlängerung des Krieges werden.

Zum Schluß sagt die österreichische Antwort: „Wir wünschen daher eine möglichst schnelle Einberufung einer internationalen Sozialistenkonferenz in ein neutrales Land.“ Vorgeschlagen wird, den Diskussionen dieser Konferenz sowohl die schriftlich niedergelegten Beschlüsse der einzelnen Parteien in Stockholm, als auch das Memorandum der Londoner Konferenz als Grundlage dienen zu lassen.

U-Boot-Tätigkeit im Atlantischen Ozean. Amsterdam, 2. Juli. Nach einer Reutermeldung aus Washington hat ein deutsches U-Boot den belgischen Dampfer „Chilier“ (2386 Brutto-Registertonnen) 1400 Meilen von der Atlantischen Küste am 21. Juni versenkt. 25 Ueberlebende wurden am 27. Juni geborgen.

Die Versenkung der „Landsberg Castle“. London, 2. Juli. Meldung des Reuterischen Bureaus. Die Admiralität gibt bekannt: Die Gegend zwischen der Stelle, wo das Hospitalschiff „Landsberg Castle“ durch ein deutsches U-Boot am 27. Juni versenkt wurde, und der Südküste der irischen Rüste ist jetzt außer dem Torpedobootzerstörer „Inlander“ von zwei Gruppen von Kriegsschiffen gründlich abgesucht worden. Es wurden aber nur kleine Schiffstrümmer und ein leeres Boot gefunden. Es wird daher angenommen, daß keine weiteren Ueberlebenden der „Landsberg Castle“ vorhanden sind.

Letzte Nachrichten.

Geheimnisvoller Wiener Hofklatsch.

Wien, 3. Juli. (Meldung des Wiener l. l. Teleg.-Korrespondenz-Bureaus.) Heute vormittag erschienen die Abgeordneten Waldner, Hofrat Schöpfer, Tausel und Wataja beim Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler, um ihn auf die seit einigen Tagen im Umlauf befindlichen Gerüchte aufmerksam zu machen, welche sich in einer die Gefühle der patriotischen Bevölkerung tief verletzenden Weise mit den allerhöchsten Personen des Hofes und der Kaiserin beschäftigten, und stellten an den Kabinetschef die Anfrage, was seitens der Regierung vorgekehrt worden sei, um diesen empörenden Nachrichten wirksam zu begegnen. Ministerpräsident v. Seidler erklärte, daß ihm die in Frage stehenden Gerüchte wohlbekannt seien. Er machte sich zum Dolmetsch der Gefühle aller Bevölkerungskreise, indem er seine tiefe Entrüstung über diese niederträchtigen und geradezu sinnlosen Ausbreitungen ausspreche. Bezüglich der Quelle dieser unerhörten systematisch betriebenen Verhetzung konnte ein Zweifel nicht bestehen. Sie gehören ins Arsenal unserer Gegner, die kein Mittel scheuen, um das Gefüge der Monarchie zu erschüttern und selbst vor den Versuch nicht zurückschrecken, jene hohen Würde in ihrer Liebe und Verehrung, die das Allerhöchste Kaiserhaus mit der getreuen Bevölkerung verknüpfen, zur Lockerung zu bringen. Er brauche nicht zu sagen, daß dieser Erfolg diesem schamlosen Beginnen nicht beschieden sein könne. Kein vernünftiger Mensch werde an derartigen Unsin glauben. Jedenfalls verbitte er, der Ministerpräsident, sich persönlich dafür, daß alle jene abscheulichen Gerüchte, die in letzter Zeit über Ihre Majestät verbreitet worden seien, nicht einen Schatten von Wahrheit enthalten. Die Verbreitung derartiger Märchen sei demnach ein höchst verwerfliches Vorgehen, dem mit aller Strenge des Gesetzes werde entgegengetreten werden, da durch sie den Randern unserer Feinde geradezu Vorschub geleistet und das Vaterland schwer geschädigt werde. Es werde ohne Ansehen der Person rüchlos verfolgt werden. Es sei Pflicht jedes Staatsbürgers, die öffentliche Verwaltung bei der Unterdrückung dieser ruchlosen Umtriebe zu unterstützen, wie dies sehr ehrenwerdigerweise auch bereits geschehe. Er betraue insbesondere auf die imposante Kundgebung, die der katholische Volksbund kürzlich veranstaltet habe. An die Herren Abgeordneten wende sich die Regierung mit der dringenden Bitte, in dem gleichen patriotischen Sinne wirken zu wollen.

Die erscheinenden Abgeordneten nahmen diese Mitteilung des Ministerpräsidenten mit Befriedigung zur Kenntnis und sicherten ihm ihre und ihrer Parteien lobende und patriotische Mitarbeit zu.

(Was ist da eigentlich schon wieder los? Red. d. „Vorwärts“.)

Die Wahlen in Petersburg.

Moskau, 28. Juni. Das bisherige Wahlergebnis in Petersburg ist folgendes: 406 Bolschewiki, 30 Bolschewiki-Anhänger, 51 linke Sozialrevolutionäre, 19 rechte Sozialrevolutionäre, 29 Menschewiki.

Trozkij soll sich geäußert haben, daß der Rat der Volkskommissare eine Einmischung der ehemaligen Verbündeten in die inneren russischen Angelegenheiten als einen feindlichen Akt gegen die Selbständigkeit der Sowjet-Republik ansieht.

Murmanbefehl der Sowjetregierung.

Moskau, 1. Juli. Nach Meldung der „Krasnaja Gofeta“ hat Sinojan an alle an der Murmanbahnlinie und den Nordbahnen gelegenen Sowjets und alle Organisationen dieser Bahnen folgendes Telegramm geschickt: Am Murman gehen aufregende Dinge vor sich. Die Landung fremdländischer Truppen und die Umgruppierung dieser Kräfte auf verschiedene Stellen des Murmans läßt einen Ueberfall auf das Murmangebiet erwarten. Vorgehen Welcher Garbe ist möglich, um sich eventuell mit den Tschecho-Slowaken zu vereinigen. Deshalb bestimmt der Sowjet der Volkskommissare: Der Schutz aller Stationen und Bahnen der Murman- und Nordbahnen ist unverzüglich zu verstärken. In allen Lagen sind Passagiere zu kontrollieren. Alle unter dem Befehl der Sowjetmacht stehenden Streitkräfte sind in Kampfbereitschaft zu setzen. Wegen alle gegenrevolutionären Elemente, die mit den ausländischen Truppen Verständigungen suchen, sollen die härtesten Maßregeln getroffen werden. Ueber die getroffenen Maßnahmen ist sofort Bericht zu erstatten.

Hernsprechstörung durch spanische Grippe in Hamburg.

Hamburg, 3. Juli. Nach einer Mitteilung der Kaiserlichen Oberpostdirektion ist beim Personal des Fernsprechanstalt die sogenannte spanische Grippe ausgebrochen, an der in drei Tagen schon 167 Betriebsbeamten erkrankt sind. Zur Vermeidung von empfindlichen Betriebsstörungen werden die Teilnehmer aufgefordert, bis auf weiteres nur in unbedingt notwendigen Fällen vom Fernsprecher Gebrauch zu machen.

Caas, 3. Juli. Nach einer Meldung aus London greift auch in England die Krankheit stark um sich. In Dublin sind 4000 Kinder erkrankt und alle Schulen geschlossen. In der Industrie besteht die Gefahr eines ernstlichen Mangels an Arbeitskräften.

Gewerkschaftsbewegung

Konferenz der Tabakarbeiter.

Eine am 30. Juni in Bremen abgehaltene Konferenz von Vertretern des freien und des christlichen Tabakarbeiterverbandes sowie des Gewerkschafts der Tabakarbeiter (G.-D.) beschäftigte sich mit der Lohnfrage und mit der Kriegswohlfahrtsfürsorge für infolge der Tabakkontingentierung erwerbslos gewordenen Tabakarbeiter. Den drei Organisationen der Tabakarbeiter ist es während des Krieges in mehreren Lohnbewegungen gelungen, allgemeine Steuerungs- und Lohnzulagen von 50 Proz. auf die im letzten Jahre vor dem Kriege gezahlten Löhne zu erreichen. Vereinzelt Firmen in Gegenden, wo die Organisationen noch nicht Fuß gefasst haben, sind unter diesem Satz geblieben, andere Firmen aber zahlen zum Teil weit darüber. Die gegenwärtige Lage im Tabakgewerbe und ihre Wirkung auf den Verdienst der Arbeiter zwang nun die genannten drei Verbände, sich erneut mit der Lohnfrage zu beschäftigen.

Vertreter aller drei Verbände brachten zum Ausdruck, daß der Verdienst der Tabakarbeiter trotz der Zulagen in letzter Zeit infolge der schlechten Verarbeitungsmöglichkeiten der zur Verfügung stehenden Tabake fast zurückgegangen sei. Man habe jetzt erst bei der Zulage von 50 Proz. nicht besser als zu Beginn des Krieges. Allgemein war man der Ansicht, daß die für Tabakfabrikate gezahlten hohen Preise, die allerdings zum Teil nur dem Handel zugute kämen, wohl eine angemessene Erhöhung der Zulagen ermöglichen; hinderten aber die Preise für Speziallieferungen daran, so könne das kein Grund zur Verweigerung zeitgemäßer Löhne sein. Wenn sonst die Preisüberwälzung außerordentlich hohe Preise schaffe, so müsse sie für Tabakfabrikate mindestens soviel zählen, daß der Tabakarbeiter ein auskömmlicher Lohn gezahlt werden könne.

Die Konferenz beschloß, daß eine Erhöhung der Zulagen auf 100 Proz. den Verhältnissen entsprechend sei, und soll die Forderung an die Organisationen der Fabrikanten bzw. an die einzelnen Fabrikanten, dementsprechend lauten. Wie bei den vorhergehenden Lohnbewegungen soll auch jetzt die Erwartung ausgesprochen werden, daß die gewährten Steuerungs- und Lohnzulagen nach dem Kriege in feste Lohnzulagen umgewandelt werden.

Sobald wurde über die Kriegswohlfahrtsfürsorge für infolge des Tabakmangels entlassene Tabakarbeiter verhandelt. Es kam zum Ausdruck, nachdem eine Uebersicht über den Stand der Fürsorgeeinrichtungen gegeben worden war, daß trotz der Bestimmungen des Bundesrats, trotz des wohlwollenden Hinweises des Reichsanwalts und trotz der Sechsmillionspende der Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten noch recht viel im armen Lage. Nur in einigen Bundesstaaten lasse man sich eine Förderung ernstlich angedenken. Wenn auch ein großer Teil der erwerbslos gewordenen Tabakarbeiter in anderen Berufen untergekommen sei, so seien in der Tabakindustrie doch viele alte, schwächliche und verkrüppelte Personen beschäftigt, die für die Fürsorge in Betracht kämen. Es müsse bald etwas geschehen, damit, wenn noch mehr Entlassungen erfolgen oder wegen gänzlichen Tabakmangels überhaupt nicht mehr gearbeitet werden könne, die Tabakarbeiter nicht auf die Armenunterstützung angewiesen seien. Die Gemeinden hätten oft gar keine Reizung, Unterstützungseinrichtungen zu schaffen, und manche bundesstaatlichen Regierungen rühten keinen Finger. Es wurden im übrigen viele Einzelfälle angeführt, die auf eine Engbrüstigkeit mancher Gemeinden in der Verwirklichung der Beihilfeleistungen schließen lassen. Ungünstig kritisiert wurde auch das Rundschreiben der preussischen Minister des Innern, des Handels und der Finanzen an die Regierungspräsidenten; es lasse jedes Einwirken auf eine einheitliche Regelung der Unterstützungshöhe unmöglich; auch hier scheine es, als wenn den Gemeinden der ihnen aus dem Fonds der Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten zur Verfügung gestellte Betrag nicht voll zugute kommen solle.

Die Konferenz beauftragt die drei Verbandsleitungen, mit allem Nachdruck für die Schaffung von Fürsorgeeinrichtungen für erwerbslose Tabakarbeiter auf der Grundlage einheitlicher Einrichtungen und einer Unterstützungsschicht in der Höhe von drei Viertel des im Jahre 1917 durchschnittlich verdienten Wochenlohnes einzutreten.

Berliner Gewerkschaftskommission.

Drei Fragen, die zwar nicht gerade gewerkschaftlicher Natur sind, aber die Interessen der Arbeiterschaft nahe berühren, wurden am Dienstag in der Vollversammlung der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend behandelt. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf den

Anschluß an den Theaterkulturverband.

Reichstagsabg. Heinrich Schulz legte die Bestrebungen des Verbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur dar. Sie gehen in der Hauptsache dahin: Einer möglichst großen Menge von Theaterbesuchern möglichst viele künstlerisch wertvolle Aufführungen zugänglich zu machen. Der Verband verfolgt seinen Zweck in autem Einvernehmen mit der freien Volkstheater. Die Berliner Ortsgruppe des Theaterkulturverbandes hat für den kommenden Winter eine Reihe guter Vorstellungen gesichert und legt den Gewerkschaften nahe, ihren Mitgliedern diese Aufführungen zugänglich zu machen, sei es durch Uebernahme einer Vorstellung oder durch Erwerb einer Anzahl von Eintrittskarten. Auch der korporative Anschluß der Gewerkschaftskommission an den Theaterkulturverband würde im beiderseitigen Interesse erwünscht sein.

Die Ritter ausführte, hat sich der Ausschuss der Gewerkschaftskommission mit der Angelegenheit beschäftigt. Er empfiehlt, daß die Gewerkschaften eine Anzahl von Eintrittskarten zu den Aufführungen des Theaterkulturverbandes zum Abzug unter ihren Mitgliedern übernehmen und daß der Ausschuss ermächtigt wird, zur Frage des korporativen Beitritts zum Theaterkulturverband Stellung zu nehmen.

Die Versammlung stimmte dem zu.

Einkommengrenze für Kleiderbestandsaufnahme.

Ritter, der als Vertreter der Gewerkschaften an einer Konferenz mit dem Reichskommissar für Zivilkleidung teilgenommen hat, erklärte, daß die Sammlung von Männerkleidung für die Rüstungsarbeiter in Berlin nur eine Ablieferung von 2000 Anzügen erlaube, während 35 000 aufgebracht werden sollen. Am 15. Juli soll eine Bestandsaufnahme der im Besitz der Einwohner befindlichen Kleidung vorgenommen werden. Beabsichtigt ist, daß die Bestandsaufnahme bei den Personen vorgenommen wird, die ein Jahreseinkommen von mehr als 3000 M. verdienen. Diese Einkommensgrenze erscheint, wie der Redner betonte, zu weit nach unten gezogen. Es ist notwendig, sie weiter hinaufzurücken, so daß alle Personen mit einem geringeren Jahreseinkommen als 5000 M. von der Bestandsaufnahme frei bleiben.

Die Versammlung ermächtigte die an den Verhandlungen mit dem Reichskommissar beteiligten Gewerkschaftsvertreter, bei den ferneren Verhandlungen für die Festlegung der Einkommensgrenze von 5000 M. einzutreten.

Gegen Verhinderung des Müggelsees

sprach sich die Versammlung beim dritten Punkt der Tagesordnung aus. Ritter gab eine eingehende Darstellung dieser Angelegenheit. Es handelt sich darum, daß die Stadt Cöpenick ein Waldgebiet am kleinen Müggelsee an einen Unternehmer zur Errichtung einer großen industriellen Anlage verkaufen will. Der Bezirksausschuss hat seine Zustimmung zu dem Verkauf abgelehnt. Damit ist die Angelegenheit aber noch nicht im Sinne der Bevölkerung Berlins erledigt, denn es fragt sich immer noch, ob dem Zweckverband Groß-Berlin die Erwerbung des betreffenden Gebietes nicht durch unerfüllbare Forderungen der Stadt Cöpenick vereitelt wird. Es besteht also noch die Gefahr, daß ein Teil der schönsten Umgebung Berlins der Vernichtung der erholungsbedürftigen Bevölkerung entzogen wird. Es ist ein Stück Arbeiterschutz, ein Stück Gesundheitschutz der Groß-Berliner Einwohner, daß die Natur Schönheiten nicht

durch industrielle Anlagen verhandelt und dem Erholungsbedürfnis der Bevölkerung entzogen werden.

Die Versammlung beauftragte den Ausschuss, sich namentlich der Gewerkschaften der Protestbewegung gegen die Verhinderung landschaftlicher Schönheiten anzuschließen.

Beschämend niedrige Gehälter.

Die Seifenfirma Gustav Lisch ist mit ihren Filialleiterinnen in Lohnhöherungen gekommen, weil sie sich geschmeigert hat, die Monatsgehälter um das bescheidene Maß von 15 M. aufzubessern. Die Firma hat im Laufe des Krieges verhältnismäßig gute Geschäfte gemacht. Trotz alledem hat sie während der ganzen Dauer des Krieges noch nicht eine einzige Erhöhung des Gehältes vorgenommen. Der Firma ist es ganz gleichgültig, ob jemand ein Jahr oder 12 oder 15 Jahre beschäftigt ist, die Filialleiterin erhält das „Einheitsgehalt“ von 60 M. pro Monat. Dazu wird eine Umfahrungsprämie gewährt, die im November 1916 1 Proz. und jetzt 3 Proz. beträgt, wodurch sich das Einkommen der Angestellten monatlich durchschnittlich um 15 M. erhöht. Wir können uns nicht vorstellen, wie es eine Frau möglich macht, mit einem Gesamteinkommen von 75 M. pro Monat unter den heutigen Verhältnissen zu leben. Und für diese Löhne erlaubt sich die Firma laut Arbeitsvertrag noch das gesamte Geschäftsergebnis auf die Schülter der Filialleiterinnen zu wälzen. Der § 7 des Arbeitsvertrages bestimmt sogar, daß die Filialleiterin alle vorkommenden Postenstrafen oder sonst aus dem Geschäftsbetrieb ergebenden Schäden zu decken hat. Weiter verlangt die Firma beim Engagement 200 M. Kaution. Der Vertrag bestimmt, daß diese nicht verzinst wird. Eine halbe Stunde Lischzeit im Hause wird gewährt.

Die Frage ist berechtigt, ob die Angestellten bei diesen Hungerlöhnen überhaupt in der Lage sind, sich ein Mittagmahl zu kaufen oder heranzustellen oder ob sie von ihrem fälligen Einkommen noch bei der Inventur sich ergebende Mankos decken sollen. Denn nach dem Vertrag müssen auch alle über 10 M. betragenden Mankos durch die Verkäuferin gedeckt werden und ist darüber dieselbe mit Kaution und Gehalt haftbar. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß bei den Waren, mit denen die Firma handelt, Gewichtsverluste von 10 Proz. und darüber an der Tagesordnung sind, so ist eine solche Verpflichtung geradezu ungeheuerlich.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat den Versuch unternommen, durch Verhandlungen die Firma zu einem Entgegenkommen zu bewegen. Auch dieser Versuch ist kühl abgelehnt worden mit dem Hinweis, daß man jenseitigen Verkäuferinnen wie Sand am Meer für den gezahlten Lohn erhalten könne und daß man zufrieden sei, wenn man bei dieser Gelegenheit die „alten Scharfeten“ mal los würde. Damit waren die Angestellten gemeint, die schon 12 und 15 Jahre bei der Firma tätig sind.

Nochmals die Steuerrechtsmittel.

In Nr. 183 des „Vorwärts“ haben wir mit Rücksicht auf die den Steuerpflichtigen auf den Tisch flatternden Steuerzettel die Rechtsmittel gegen eine nicht zutreffende Veranlagung besprochen. Die vielen uns zugehenden Anfragen zeigen, daß unsere Mitteilungen nicht überall beachtet worden sind. Wir betonen daher nochmals das Folgende, wobei wir zugleich einige Druckfehler unserer ersten Mitteilung ausmerzen. Zunächst die Steuerfrage. — Nach dem zurzeit geltenden Steuerrecht wird

bei einem Einkommen von	bis	als	zul. mit einem Zuschlag nach dem Gesetz vom 28. 5. 1909 bezw. 8. 7. 1916 ein Steuerzuschuss zusammen	bei einem Einkommen von	bis	als	zul. mit einem Zuschlag nach dem Gesetz vom 28. 5. 1909 bezw. 8. 7. 1916 ein Steuerzuschuss zusammen
900 M.	1050 M.	—	6,00 M.	3000 M.	3300 M.	—	67,20 M.
1050	1200	—	9,00	3300	3600	—	78,40
1200	1350	—	12,60	3600	3900	—	89,60
1350	1500	—	18,80	3900	4200	—	100,80
1500	1650	—	24,00	4200	4500	—	120,00
1650	1800	—	27,20	4500	5000	—	138,80
1800	2100	—	32,40	5000	5500	—	158,40
2100	2400	—	37,80	5500	6000	—	175,20
2400	2700	—	47,40	6000	6500	—	192,00
2700	3000	—	56,00	6500	7000	—	220,00

Soweit ein Steuerpflichtiger, dessen Einkommen den Betrag von 8500 M. nicht übersteigt, Kindern oder anderen Familienangehörigen auf Grund gesetzlicher Verpflichtung Unterhalt gewährt, tritt eine Ermäßigung der Steuerfrage ein. Die Ermäßigung tritt ein um eine Stufe bei dem Vorhandensein von 2, um zwei Stufen bei dem Vorhandensein von 3 oder 4, um drei Stufen bei dem Vorhandensein von 5 oder 6 beratigen Familienmitgliedern. Für je zwei weitere solche Familienangehörige tritt eine Ermäßigung um eine weitere Stufe ein.

Die Steuerveranlagung auf Grund des Einkommensteuergesetzes bedingt auch die Heranziehung für die Kommunalsteuer und ebend. auch für die Kirchensteuer, und zwar geschieht dies in prozentualen Zuschlägen zu den ursprünglichen reinen Normalsteuerbeträgen. Diese betragen bei einem Einkommen

von	bis	—	von	bis	—
900 M.	1050 M.	— 8 M.	3000 M.	3300 M.	— 60 M.
1050	1200	— 9	3300	3600	— 70
1200	1350	— 12	3600	3900	— 80
1350	1500	— 16	3900	4200	— 92
1500	1650	— 21	4200	4500	— 104
1650	1800	— 26	4500	5000	— 118
1800	2100	— 31	5000	5500	— 132
2100	2400	— 36	5500	6000	— 146
2400	2700	— 44	6000	6500	— 160
2700	3000	— 52	6500	7000	— 176

Zu diesen oben erwähnten Sätzen muß sich der Steuerpflichtige bei zu erhebenden Gemeindesteuern mit 175 Proz. in Berlin, 180 Proz. in Rixdorf usw. und die Kirchensteuerfrage noch entscheidenden, verschiedenen Prozenten verrechnen. Daß sich der Steuerzahler diese Rechnung bei Erhalt der Staatssteuerveranlagungsbenachrichtigung klarlegt, ist insofern von großer Wichtigkeit, als nach unseren Erfahrungen viele Steuerpflichtige beim Empfang dieser Nachricht, die doch lediglich den Staatssteuerfrage mittels, der irtümlichen Meinung sind, ihnen sei hiermit die Gesamtsumme der steuerlichen Verpflichtungen mitgeteilt worden. Sie übersehen dabei — amtliche und besonders steuerliche Zuschriften werden erfahrungsgemäß leider immer noch zu flüchtig gelesen! —, daß auf die besondere Erhebung der Gemeindesteuer verwiesen wird. Wenn dann der Steuerzettel mit ganz anders gearteten Zahlen (180 Proz. Gemeindesteuer wollen rechnerisch immerhin etwas sagen!) in ihre Hände kommt, ist die Einspruchsfrist gegen die Staatssteuerveranlagung meistens verjährt.

Gegen die zu hohe Veranlagung der Steuerpflichtigen steht ihnen das Recht des Einspruchs bzw. der Berufung zu. Der Einspruch kommt für die Steuerpflichtigen, die zu einem Einkommen von nicht mehr dem 3000 M. veranlagt sind, in Frage, die Veranlagung für die Veranlagten mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. Beide Rechtsmittel sind bei dem Vorstehenden der Veranlagungskommission anhängig zu machen. Das kann durch irgend ein formloses Schreiben geschehen. Die Frist für die Einlegung dieser Rechtsmittel beträgt vier Wochen. Die Verjährung dieser Frist nimmt dem Steuerpflichtigen die Möglichkeit, gegen die Veranlagung anzugehen. Wenn

dem Steuerpflichtigen über die Unterlagen seiner Veranlagung die nötige Kenntnis fehlt, kann er beim Vorsitzenden der Veranlagungskommission beantragen, ihm die Annahmen in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht mitzuteilen, die seiner Veranlagung zugrunde gelegt worden sind. Insbesondere ist ihm auch darüber Auskunft zu geben, in welchen Punkten die Veranlagungskommission von den Annahmen einer etwaigen Steuererklärung abgewichen ist. Eine diesbezügliche Anfrage könnte vielleicht außerhalb der zur Einlegung des Rechtsmittels vorgeschriebenen Frist nicht erledigt werden, weil durch den Heeresdienst auch das Beamtenpersonal der Steuerbehörden sehr beschränkt ist. Es müßte also das Rechtsmittel selbst eingelegt werden, auch wenn die Anfrage nach den Grundlagen der Veranlagung noch nicht erledigt sein sollte.

Für Kriegsteilnehmer ist die Sachlage eine etwas andere. Nach einer Anweisung des Finanzministers an die Steuerbehörden soll von rechtswirksamen Zustellungen an einen Kriegsteilnehmer abgesehen werden. Ohne rechtswirksame Zustellung sollen die Steuermitteilungen an die Ehefrau, Eltern oder Angehörigen des Kriegsteilnehmers gehen und dabei ausdrücklich bemerkt werden, daß der Lauf einer Rechtsmittelfrist dadurch nicht beginnt. Eine solche Ertragzustellung an die Ehefrau, Eltern und so weiter setzt den Lauf der Einspruchsfrist gegen die Veranlagung nicht in Wirksamkeit. Es wird also, solange keine wirksame Zustellung erfolgt ist, von einem Kriegsteilnehmer auch noch später, eventuell für die früheren Kriegsjahre, ein Einspruchsrecht zulässig sein.

Im übrigen verweisen wir auch auf den im Verlag des „Vorwärts“ erschienenen Führer durch das Einkommensteuergesetz, Preis 60 Pf.

Industrie und Handel.

Der Streik der Börseleute.

Der Streik der Börseleute hält an und erinnert in den scharfen Ausfällen gegen die da oder dort auftauchenden Arbeitswilligen an einen richtigen Kuss. Während die Börsen in Hamburg und Bremen gänzlich geschlossen sind, ist dieser letzte Schritt in Berlin, Frankfurt und Breslau vermieden worden. Aber auch da ist die Bildung der zustandekommenen Kurse ziemlich willkürlich, weil von Fallsaufträgen abhängig.

In ihren Protesten heben die Börsenvertretungen hervor, daß die kleinen und mittleren Bankiers durch die Unterdrückung des Geschäftes den vielseitigeren Großbanken an das Messer geliefert würden und daß die Erhöhung des Stempels nur das Gegenteil des angestrebten Zweckes bewirken werde: nämlich das Geschäft noch unsolider zu gestalten. Diese Ansicht wird damit begründet, daß sich die Spekulation von den soliden Werten den reinen Spielpapieren noch mehr zuwenden werde, deren große Kurschwankungen noch am ehesten die Möglichkeit gäben, die durch die Steuer verdreifachten Unkosten zu tragen.

Börsenvorstand und Börsesteuer.

Berlin, 3. Juli. Der Börsenvorstand beschäftigte sich in seiner heutigen zu diesem Zweck einberufenen Sitzung mit dem von der Steuerkommission des Reichstages angenommenen Antrag Gröber zur Börsesteuer.

Das Ergebnis der übereinstimmend zum Ausdruck gebrachten Ansichten wurde dahin zusammengefaßt:

Die jetzt in Aussicht genommenen Steuerfrage bedeuten eine unerträgliche Schädigung für den deutschen Börsenverkehr und die mit ihm verbundenen wirtschaftlichen Interessen.

Die unausbleibliche Steigerung der Funktionen der Börse würde das solide Anlagegeschäft auf das empfindlichste beeinträchtigen, ohne spekulative Ausschreitungen zu verhindern zu können.

Die ungeheure Erhöhung des Stempels würde die Umschlagfähigkeit des bereits in Wertpapieren angelegten Teils des deutschen Nationalvermögens außerordentlich erschweren und damit eine Entwertung des Aktienwertes zur Folge haben. Gegenüber einer Verlautbarung in Nr. 833 der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ stellt der Börsenvorstand fest, daß die im Vorstehenden bekundete Auffassung der einmütigen Ueberszeugung aller soliden Kreise des gesamten deutschen Bank- und Bankiergewerbes entspricht.

Es ergeht an die geschätzten Körperschaften die dringende Warnung, durch irrtümliche Hoffnungen auf Steuererträge die im Kriege so bewährte Lebenskraft und Leistungsfähigkeit der Börse aufs Spiel zu setzen und sie der Fähigkeit zur Erfüllung der ihrer harrenden Zukunftsaufgaben zu berauben.

Die Handelskammer wurde ersucht, die Vorstände der deutschen Börsen zur Stellungnahme in dieser Angelegenheit zusammenzuberufen.

Gründungen und Kapitalerhöhungen im ersten Halbjahre 1918.

Nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitung „Die Bank“ sind im ersten Halbjahre 1918 82 Aktiengesellschaften mit 155,2 Millionen Mark Kapital neu errichtet worden (gegen 53 Aktiengesellschaften mit 57 Millionen Mark Kapital im ersten Halbjahre 1917). Kapitalerhöhungen haben stattgefunden bei 212 Aktiengesellschaften mit 436 Millionen Mark Kapital (im Vorjahr 112 Aktiengesellschaften mit 214,8 Millionen Mark Kapital). Was die Gesellschaften mit beschränkter Haftung angeht, so machen hier die Gründungen 143,2 Millionen Mark, die Kapitalerhöhungen 84,7 Millionen Mark aus (im Vorjahr Gründungen 117 Millionen Mark und Kapitalerhöhungen 57,1 Millionen Mark). Die Gründungstätigkeit ist also recht lebhaft gewesen, obwohl im Kriege zur Verhütung von steuerlich abträglichen Kapitalerhöhungen die Konzeptionspflicht eingeführt worden ist, die Kapitalerhöhungen und Kapitalerhöhungen von 800 000 M. aufwärts von der Zustimmung der Landesbehörde und der Reichsbank abhängig macht.

Soziales.

Zusammenwirken skandinavischer Genossenschaften.

Nach einer Stockholmer Meldung beabsichtigen die kooperativen Zentralorganisationen der nordischen Länder, die unteren Konsumvereine entsprechen, sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuschließen und in Kopenhagen eine Einkaufszentrale zu errichten. Zunächst will sich der Einkauf nur auf Kolonialwaren, Kaffee, Reis, Süßfrüchte u. ähnl. beschränken, die ohne den bisherigen Zwischenhandel über London, Hamburg usw. direkt von der Produktionsstelle bezogen werden sollen.

Das von den beteiligten Ländern Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland gebildete skandinavische Komitee, das die Ausarbeitung des Planes leitet, sieht für später weitere Ausdehnung vor, wie beispielsweise eigenen Betrieb von Plantagen und direkten Einkauf von dort, eigene Frachtdampfer für den Warentransport, eigene Fabrikation und Herstellung sonstiger Gebrauchsdinge usw.

Die interessierten und beteiligten Kooperativen verfügen über ein Kapital von 40 Millionen Mark.

Verantwortlich für Politik: Erich Kautner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neudamm; für Anzeigen: Theodor Wode, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Preis: Vorwärts-Verlag und Druckerei & Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Preis 1 Blatt und Unterhaltungsblatt.